



Die
Bundesregierung



Strategie der Bundesregierung zur globalen Gesundheit

Verantwortung – Innovation – Partnerschaft:
Globale Gesundheit gemeinsam gestalten



Inhaltsverzeichnis

VORWORT: DEUTSCHLANDS ROLLE IN DER GLOBALEN GESUNDHEIT	3
HANDLUNGSRAHMEN DES DEUTSCHEN ENGAGEMENTS	8
I. STRATEGISCHE PRIORITÄTEN SETZEN	11
1. Gesundheit fördern, Krankheiten verhindern und adäquat begegnen	11
2. Umwelt, Klimawandel und Gesundheit ganzheitlich angehen	15
3. Gesundheitssysteme stärken	17
4. Gesundheit schützen – grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren begegnen	20
5. Forschung und Innovation für globale Gesundheit vorantreiben	26
II. HERAUSFORDERUNGEN GEMEINSAM ANGEHEN, NEUE WEGE AUFZEIGEN	31
1. Politisches Engagement zugunsten globaler Gesundheit verstärken	31
2. Multilateralismus stärken – globale Gesundheitsarchitektur weiterentwickeln	32
3. Regionale Partnerschaften ausbauen	35
III. KOHÄRENTES HANDELN SICHERSTELLEN	36
Abkürzungsverzeichnis	38

Boxen

Box 1: Agenda 2030. Das Gesundheitsziel und seine Verbindung zu anderen Nachhaltigkeitszielen	8
Box 2: Antibiotikaresistenzen	14
Box 3: Die gegenseitigen Wechselwirkungen zwischen Gesundheit, Klima und Umwelt erfordern interdisziplinäre und sektorübergreifende Ansätze	15
Box 4: Europäisches Zentrum für Umwelt und Gesundheit (ECEH)	17
Box 5: Die „Internationalen Gesundheitsvorschriften“ (IGV)	21
Box 6: Deutsche Fachinstitute und -einrichtungen bringen ihre Expertise in die internationale Pandemievorsorge und -bekämpfung ein	25
Box 7: Humanitäre Gesundheitshilfe	26
Box 8: Die Vernetzungsplattform Forschung für Globale Gesundheit „German Alliance for Global Health Research“	28
Box 9: „Coalition for Epidemic Preparedness Innovations“ (CEPI)	30
Box 10: Der „Globale Aktionsplan für ein gesundes Leben und das Wohlergehen aller Menschen“	33
Box 11: „Global Health Hub Germany“ (GHHG)	37

Das Recht eines jeden Menschen auf das individuell erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit ist ein zentrales Menschenrecht. Gesundheit ist eines der höchsten Güter aller Menschen und wesentliche Voraussetzung für individuelle, soziale, wirtschaftliche und politische Entwicklung und Stabilität. In einer global vernetzten Welt werden die Auswirkungen von Gesundheit – im Positiven wie im Negativen – nochmals verstärkt. Gesundheit muss daher global gedacht werden und kann nur durch gemeinsames globales Handeln sichergestellt und verbessert werden.



Vorwort:

Deutschlands Rolle in der globalen Gesundheit

Das **Thema globale Gesundheit** hat sowohl in Deutschland als auch international in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Globale Gesundheit und ihre Sicherung sind Teil der globalen Ordnung. Die COVID-19-Pandemie hat die vielen Wirkungen erneut verdeutlicht, die mit einer globalen Gesundheitskrise verbunden sind. Die gesundheitlichen und daraus folgenden humanitären und sozioökonomischen Folgen betreffen alle Lebensbereiche.

Die **Agenda 2030** für nachhaltige Entwicklung setzt den **Rahmen des politischen Engagements der Bundesregierung in der globalen Gesundheit** und ist handlungsleitend für die Strategie:

- Gesundheit ist nicht nur eine Voraussetzung für Wohlstand, sozialen Zusammenhalt und gesellschaftliche Teilhabe, sondern auch Ergebnis und Indikator für die soziale, wirtschaftliche und ökologische Dimension nachhaltiger Entwicklung. Fast alle der vereinbarten Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 haben einen wichtigen Bezug zu Gesundheit. Globale Gesundheit ist ein Beispiel für die Notwendigkeit von akteurs- und sektorübergreifenden Ansätzen sowie internationaler und multilateraler Zusammenarbeit.
- Die Förderung und der Schutz der Gesundheit der Bevölkerung sind zentrale Aufgaben für Regierungen, im eigenen Land und im Rahmen ihres internationalen Engagements.
- In der Agenda 2030 drückt sich die Überzeugung der Staatengemeinschaft aus, dass sich globale Herausforderungen nur gemeinsam lösen lassen. Multilateralismus und starke internationale Organisationen verhelfen diesem Ansatz zur Durchsetzung.

Die Bundesregierung hat diese Strategie für einen Zeitrahmen von 2020 bis 2030 erarbeitet, um der internationalen Verantwortung Deutschlands noch stärker gerecht zu werden.

Ziel der deutschen Strategie zur globalen Gesundheit ist es, die Wirksamkeit und die Dauerhaftigkeit des deutschen Engagements im Bereich der globalen Gesundheit sicherzustellen, um einen wesentlichen Beitrag zur Gesundheit aller Menschen weltweit bis 2030 zu leisten. Entsprechend werden internationale Kooperationen und strategische Partnerschaften weiter auf- und ausgebaut und insbesondere die Weltgesundheitsorganisation (WHO) gestärkt. Mit der Strategie richtet die Bundesregierung ihr Handeln auf neue Herausforderungen aus, entwickelt ihre Ziele weiter und leistet einen Beitrag zur Koordination und Zusammenarbeit aller Akteure.

Die Strategie ist ein Bekenntnis der Bundesregierung zur globalen Gesundheitspolitik und **zur Erreichung der gesundheitsrelevanten Nachhaltigkeitsziele** und insbesondere des Nachhaltigkeitsziels 3: „Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters zu gewährleisten und ihr Wohlergehen zu fördern“. Die Umsetzung dieser Strategie wird sich in die haushalts- und finanzpolitischen Vorgaben der Bundesregierung einfügen.



Mit dem Engagement im Rahmen der globalen Gesundheitspolitik verfolgt die Bundesregierung die folgenden strategischen Ziele:



I.

Priorisierung von Bereichen, in denen Deutschland sein politisches Engagement, seine Expertise und Kompetenzen bestmöglich einsetzen kann

Deutschland legt seinen Fokus auf systemorientiertes Handeln und auf Schnittstellen, bei denen im Sinne des „One Health“-Ansatzes durch gemeinsames und sektorübergreifendes Vorgehen ein größtmöglicher Erfolg erzielt werden kann. Dabei wollen wir die Möglichkeiten der Digitalisierung bestmöglich nutzen und einsetzen. Die Prioritäten der Bundesregierung umfassen:

- Gesundheit und Prävention fördern
- die gesundheitlichen Folgen des Klimawandels mildern
- Gesundheitssysteme stärken und eine allgemeine Gesundheitsversorgung mit einem diskriminierungsfreien Zugang für alle ermöglichen
- Gesundheitsschutz sicherstellen, einschließlich des Schutzes vor Epidemien und Pandemien sowie des fortgesetzten Engagements in der humanitären Gesundheitshilfe
- Forschung und Innovation für globale Gesundheit vorantreiben

II.

Partnerschaftliches Handeln und Stärken von Allianzen und Foren auf der nationalen, internationalen und multilateralen Ebene

Die Herausforderungen der globalen Gesundheit können nur vernetzt, koordiniert und gemeinsam bewältigt werden. Die globale Gesundheitsarchitektur befindet sich in einem Erneuerungsprozess, der von allen Akteuren Anpassungen und bessere Koordination verlangt. Für eine wirksame internationale Antwort Deutschlands auf Gesundheitsrisiken bedarf es intensiver Abstimmung und partnerschaftlicher Zusammenarbeit aller Akteure. Die COVID-19-Pandemie bestätigt die Notwendigkeit eines funktionierenden multilateralen Systems und funktionierender Organisationen der Vereinten Nationen (VN). Dazu beabsichtigt die Bundesregierung:

- politisches Engagement zugunsten globaler Gesundheit in relevanten internationalen Gremien zu verstärken
- Multilateralismus zu stärken und die globale Gesundheitsarchitektur mit einer zentralen leitenden und koordinierenden Rolle der WHO weiterzuentwickeln
- regionale Partnerschaften auszubauen



III.

Sicherstellung eines kohärenten Handelns auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Foren

Um die Lösung globaler gesundheitspolitischer Herausforderungen mitzugestalten, ist ein klares internationales Profil Deutschlands gefragt. Es bedarf eines gezielten und abgestimmten Vorgehens, um auf verschiedenen Ebenen bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit wirksam im Sinne der Verbesserung der globalen Gesundheit zu nutzen. Die Bundesregierung beabsichtigt:

- Mechanismen zur Abstimmung innerhalb der Bundesregierung weiter auszubauen
- den Dialog und Austausch zu globaler Gesundheit unter Miteinbeziehung der nicht-staatlichen Akteure zu fördern und Deutschland als Standort für globale Gesundheit weiter zu stärken
- die Internationalisierung der relevanten Einrichtungen weiter voranzutreiben
- gezielt deutsches Personal und Nachwuchs in internationalen Organisationen und Gremien der globalen Gesundheit zu fördern
- Finanzmittel einzusetzen, um globale gesundheitspolitische Herausforderungen mitzugestalten
- die Umsetzung der Strategie zur Halbzeit der vorgesehenen Gesamtdauer zu überprüfen

Die Strategie wurde in einem **konsultativen Prozess** entwickelt, bei dem die Erfahrung und Expertise deutscher nichtstaatlicher Akteure aus den Bereichen Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft, Jugend und Think Tanks genutzt wurden. Darüber hinaus wurde gezielt der Rat internationaler Expertinnen und Experten über das internationale Beratergremium zu globaler Gesundheit gesucht. Deutschland wird auf Erreichtem aufbauen und als verlässlicher Partner Kontinuität und Nachhaltigkeit gewährleisten. Die Strategie baut auf dem im Jahr 2013 verabschiedeten Konzept zur globalen Gesundheitspolitik „Globale Gesundheitspolitik gestalten – gemeinsam handeln – Verantwortung wahrnehmen“ auf, mit dem die Bundesregierung erstmals den deutschen Beitrag in diesem Politikfeld definierte.

A woman with dark hair tied back, wearing a white lab coat, a white face mask, and glasses, is seated at a desk. She is looking down at a piece of paper in her hands. To her right is a blue printer on a white desk. The background shows a wooden cabinet and a white wall. A large, light blue circular graphic with a globe-like grid pattern is overlaid on the upper right portion of the image, containing a block of German text.

In einer global vernetzten Welt werden die Auswirkungen von Gesundheit – im Positiven wie im Negativen – nochmals verstärkt. Gesundheit muss daher global gedacht werden und kann nur durch gemeinsames globales Handeln sichergestellt und verbessert werden.



Handlungsrahmen des deutschen Engagements

Deutschland tritt für ein werte- und regelbasiertes Handeln ein. Die Würde des Menschen, Rechtsstaatlichkeit und Stabilität, Freiheit, Vielfalt und Solidarität und die Achtung der Menschenrechte sind gemeinsam mit den Prinzipien Demokratie und Partnerschaft die Basis für das Engagement Deutschlands in der globalen Gesundheitspolitik. Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und insbesondere deren gesundheitsrelevante Ziele setzen den Rahmen des politischen Engagements der

Bundesregierung in der globalen Gesundheit und sind handlungsleitend für die Strategie. Dabei gilt Nachhaltigkeit als Leitbild, das unter Berücksichtigung der drei Dimensionen Soziales, Umwelt und Wirtschaft in allen politischen Belangen mitgedacht werden soll. Die handlungsleitenden Prinzipien Mensch, Planet, Wohlstand, Frieden und Partnerschaft (People, Planet, Prosperity, Peace, Partnership – „5 Ps“) sowie die Prämisse „Niemanden zurücklassen“ sind den Zielen der Agenda 2030 vorangestellt.

Box 1: Agenda 2030. Das Gesundheitsziel und seine Verbindung zu anderen Nachhaltigkeitszielen

Mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung hat sich die Weltgemeinschaft die Aufgabe gestellt, bis 2030 weltweiten wirtschaftlichen Fortschritt im Einklang mit sozialer Gerechtigkeit und im Rahmen der ökologischen Grenzen der Erde zu gestalten. Gesundheit ist eines der 17 globalen Nachhaltigkeitsziele, der „Sustainable Development Goals“ (SDGs). SDG3 „Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern“ umfasst 13 spezifische Unterziele. Die wichtigsten Unterziele von SDG3 reichen von der Gesundheitsversorgung für alle, der Reduzierung übertragbarer und nichtübertragbarer Krankheiten, der Dienstleistungen im Bereich psychische Gesundheit sowie der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte (SRGR), der Prävention und Behandlung von Drogenmissbrauch und des übermäßigen Alkoholkonsums, bis hin zum Management von globalen Gesundheitsrisiken sowie der Verringerung der Zahl der Erkrankungen durch Umweltbelastungen. Zusätzlich zu dem Gesundheitsziel verbessern Fortschritte bei 13 weiteren Nachhaltigkeitszielen die Gesundheitsergebnisse maßgeblich. Daher wird oftmals von **„gesundheitsbezogenen Nachhaltigkeitszielen“** gesprochen. So tragen beispielsweise Bildung (SDG4), Ernährungssicherheit (SDG2), Wasser- und Sanitärversorgung (SDG6), die Gleichstellung der Geschlechter (SDG5) und damit einhergehende Verbesserungen im Hinblick auf sexuelle und reproduktive Gesundheit sowie Klimaschutz (SDG13) zur Verbesserung der Gesundheit bei.

Die angestrebte Verbesserung der Gesundheitsergebnisse weltweit steht dabei im engen Zusammenhang mit den anderen Nachhaltigkeitszielen. Alle 17 einzelnen Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 stehen in vielfältiger **Wechselwirkung** zueinander und können nur erreicht werden, wenn auch bei den anderen Zielen Fortschritte erreicht werden.

Die Agenda 2030 fordert zu **einer ganzheitlichen und sektorübergreifenden Herangehensweise** bei ihrer Umsetzung auf. Fachbereichsübergreifende Zusammenarbeit und Forschung sind notwendig, um eine robuste Grundlage für die Prioritätensetzung zu schaffen und negative Wechselwirkungen zu verhindern. So können Hindernisse für globale Gesundheit in anderen Politikbereichen angegangen, Zielkonflikte austariert, Synergieeffekte genutzt, Wirkungen erhöht und Kosten reduziert werden.



● Die Bundesregierung:

● setzt sich für den weltweiten Schutz und die Förderung der Menschenrechte ein.

Die Rechte auf Leben und das höchstmögliche erreichbare Maß an Gesundheit müssen geschützt werden. Ziel der Arbeit der Bundesregierung im Bereich globale Gesundheit ist es, dass das Menschenrecht auf das höchstmögliche Maß an Gesundheit immer besser verwirklicht werden kann. Staaten sind hier wie bei allen anderen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten dazu verpflichtet, die volle Verwirklichung des Rechts voranzutreiben (Progressionsgebot). Dies soll auch durch internationale Hilfe und Zusammenarbeit geschehen. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter, der Unterstützung von Frauen und Mädchen, dem Schutz sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte und der Bekämpfung von körperlicher, psychischer und sexualisierter Gewalt sowie dem Abbau von Stigmatisierungen, moralischen Verurteilungen oder sogar Kriminalisierung, die den sicheren Schutz vor Krankheiten für besonders vulnerable Gruppen erschweren. Auch beim globalen Gesundheitsschutz setzt sich die Bundesregierung für einen menschenrechtsbasierten Ansatz ein.

● setzt sich für die Einhaltung des humanitären Völkerrechts und die Achtung der humanitären Prinzipien ein.

Dies beinhaltet auch das Engagement für den Schutz humanitärer Helferinnen und Helfer und des Personals im Gesundheitswesen.

● setzt sich für diskriminierungsfreie, gendergerechte, inklusive und barrierefreie Gesundheitsstrukturen und -dienste ein.

Der Zugang zu Gesundheitseinrichtungen, ärztlicher Behandlung oder zu Arzneimitteln und Impfstoffen steht längst nicht allen Menschen gleichermaßen offen, sondern wird oft von ökonomischen Faktoren, nationaler oder sozialer Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht oder anderen Faktoren bestimmt. Deutschland setzt sich international für Nichtdiskriminierung und Gleichbehandlung im Gesundheitssektor ein mit dem Ziel, gesundheitliche Ungleichheit abzubauen und die Gesundheit aller insbesondere der marginalisierten und vulnerablen Bevölkerungsgruppen zu schützen und zu fördern.

● setzt sich für gute Regierungsführung als Voraussetzung für die Verwirklichung des Schutzes und der Förderung des Menschenrechts auf das höchstmögliche erreichbare Maß an Gesundheit ein.

Das beinhaltet die Förderung transparenter, evidenzbasierter, effizienter und partizipativer Entscheidungsprozesse, Verantwortlichkeit und Rechtsstaatlichkeit. Die Bundesregierung bekämpft Korruption und fördert ein rechenpflichtiges, öffentliches Finanzwesen.

● setzt sich für Partizipation, Empowerment und Bedarfsorientierung ein.

Partnerschaften finden auf Augenhöhe statt. Partner setzen dabei eigene Schwerpunkte und bauen unter Berücksichtigung und Einbeziehung bestehender Strukturen nachhaltig Kapazitäten auf. Die aktive Teilhabe der Zivilgesellschaft und starke gemeindebasierte Strukturen unter angemessener Berücksichtigung verschiedener Bevölkerungsgruppen werden gefördert. Für eine bedarfsorientierte Versorgung spielt die Evidenzorientierung eine wesentliche Rolle, um einen effektiven Mitteleinsatz sicherzustellen und den größtmöglichen Nutzen bei Vermeidung schädlicher Auswirkungen zu erreichen.

nimmt das Gesamtsystem in den Blick.

Aufgrund der Unteilbarkeit und Interdependenz der Menschenrechte muss ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt werden. So sind Gesundheit, soziale und wirtschaftliche Entwicklung sowie Sicherheit und Stabilität untrennbar miteinander verknüpft. Die Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Politikbereichen und Sektoren müssen aktiv angegangen und mit einem „Health in All Policies“-Ansatz übergreifend bearbeitet werden. Dabei wird darauf geachtet, dass keine unerwünschten Nebenwirkungen entstehen („do no harm“) und dass Strukturen geschaffen und erhalten werden, die widerstandsfähig sind und den Anforderungen der Zukunft standhalten.

Der „One Health“-Ansatz ist hier der geeignete Ansatz, da er ein sektorübergreifendes, integratives Management von Gesundheitsrisiken verfolgt. Im Fokus stehen hierbei die komplexen Zusammenhänge der Gesundheit von Menschen und Tieren und der Schutz der Umwelt, die interdisziplinär betrachtet werden. Die Berücksichtigung der Schnittstelle Mensch-Tier-Umwelt ist insbesondere wichtig, um die Ursachen von Gesundheitsrisiken und die gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels zu verstehen und effektive Maßnahmen zur Pandemieprävention, Verhinderung antimikrobieller Resistenzen (AMR), Eindämmung vernachlässigter und armutassoziiertes Tropenkrankheiten und für eine verbesserte Lebensmittelsicherheit zu entwickeln.



I. Strategische Prioritäten setzen

Deutschland legt seinen Fokus auf systemorientiertes Handeln und Schnittstellen, bei denen durch gemeinsames und sektorübergreifendes Vorgehen ein größtmöglicher Erfolg erzielt werden kann. Dabei stehen Bereiche im Vordergrund, in denen Deutschland sein politisches Engagement, seine Expertise und Kompetenzen bestmöglich einsetzen kann. Die Realisierung globaler Gesundheit erfordert ebenso wie die Erreichung der Ziele der Agenda 2030 eine deutliche Steigerung der Ambition und des Tempos der Umsetzung. Als verlässlicher Partner wird Deutschland Kontinuität gewährleisten und auf Erreichtem aufbauen.

Da Gesundheitskrisen gravierende Auswirkungen auf die Stabilität von Staaten und ganzen Regionen haben können, gehört globale Gesundheitspolitik auch zum Engagement Deutschlands für eine vorausschauende internationale Politik. Darunter fallen auch eine Verbesserung der Gesundheitssysteme und eine Stärkung der Pandemie-resilienz, um Krisenfolgen zu mindern. Dies entspricht dem erweiterten Sicherheitsbegriff der Bundesregierung, den sie auch im Sicherheitsrat der VN verfolgt.

● Deutschland wird:

- **Gesundheit und Prävention fördern,**
- **sich für eine Minderung der gesundheitlichen Folgen des Klimawandels einsetzen,**
- **Gesundheitssysteme stärken und eine allgemeine Gesundheitsversorgung mit einem diskriminierungsfreien Zugang für alle ermöglichen,**
- **sich langfristig und umfassend für den Schutz der Gesundheit, einschließlich des Schutzes vor Epidemien und Pandemien, einsetzen und sein Engagement in der humanitären Gesundheitshilfe fortsetzen,**

● **Forschung und Innovation für globale Gesundheit vorantreiben.**

1. Gesundheit fördern, Krankheiten verhindern und adäquat begegnen

Gesundheitsförderung, Prävention und Gesundheitskompetenz haben entscheidenden Einfluss auf das Auftreten und den Verlauf von nichtübertragbaren (NCD) und übertragbaren Krankheiten. In Anbetracht des demografischen Wandels setzt sich Deutschland gezielt für einen integrierten, gesundheitsorientierten und ganzheitlichen Präventionsansatz über die gesamte Lebensspanne ein, der den Einfluss der Lebensumwelt berücksichtigt und durch krankheitsspezifische Maßnahmen ergänzt wird. Dieser Ansatz umfasst beispielsweise Gesundheitsförderung in den Lebenswelten der Menschen und den Abbau von Zugangsbarrieren über die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit.

Darüber hinaus gehören soziale Determinanten wie Armut, Herkunft, Wohnverhältnisse und Bildung sowie Verhaltensweisen wie Tabak- und Alkoholkonsum, Bewegungsmangel, ungesunde Ernährung und Umweltfaktoren zu den Aspekten, die eng mit nichtübertragbaren Krankheiten und anderen gesundheitlichen Folgen verbunden und durch innovative Ansätze anzugehen sind.

Außerdem verfolgt die Bundesregierung als weitere Ziele die Förderung von Bildung, die Prävention von körperlicher, psychischer und sexualisierter Gewalt sowie die soziale, politische und wirtschaftliche Teilhabe von Mädchen und Frauen, einschließlich des Schutzes vor Kinderheirat, sexualisierter Gewalt und Genitalverstümmelung.

Vor dem Hintergrund, dass weltweit jährlich Millionen von Menschen Unfälle am Arbeitsplatz erleiden, an Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Erkrankungen leiden oder sogar sterben,

braucht es zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit einen effektiven Arbeitsschutz, insbesondere auch auf globaler Ebene. Hier ist die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) eine wichtige normgebende Unterstützung.

Maßgebliche Risikofaktoren sollen, soweit wie möglich, gemeinsam adressiert werden. Dadurch können Synergien genutzt und Doppelstrukturen vermieden werden. Im Mittelpunkt steht dabei der Mensch, der zu einem gesunden Lebensstil befähigt werden soll. Das Finden, Verstehen und der Umgang mit gesundheitsrelevanten Informationen sind entscheidend für die Gesunderhaltung und die Bewältigung von Krankheiten. Individuelle und Umgebungsfaktoren haben auch einen maßgeblichen Einfluss auf den Umgang mit digitalen Gesundheitsinformationen. Die Bundesregierung fördert deshalb die Gesundheitskompetenz aller Altersgruppen und Geschlechter und insbesondere der vulnerablen Bevölkerungsgruppen. Im digitalen Zeitalter werden dabei vor allem soziale Medien und digitale Innovationen genutzt.

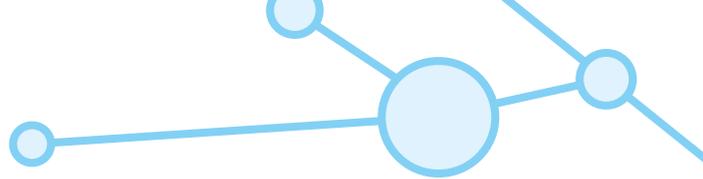
Bei der Eindämmung von Infektionskrankheiten setzt Deutschland auf die bereits sehr erfolgreichen globalen Organisationen, Initiativen, Allianzen und Fonds, insbesondere den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM), die Impfallianz Gavi, die „Stop TB Partnership“, die Globale Initiative zur Ausrottung von Polio (GPEI), die „Global Financing Facility for Women, Children and Adolescents“ (GFF), die „Global Antibiotic Research and Development Partnership“ (GARDP), den „Combatting Antibiotic Resistant Bacteria Accelerator“ (CARB-X) und den „Global Antimicrobial Resistance Research and Development Hub“ sowie VN-Programme und Organisationen wie das Gemeinsame Programm der Vereinten Nationen für HIV/AIDS (UNAIDS), den Bevölkerungsfonds der VN (UNFPA) und das Kinderhilfswerk der VN (UNICEF). Der GFATM, Gavi und GPEI beispielsweise sind in ihren Arbeitsbereichen zentrale Finanzierungspartner für Programme vor Ort. UNAIDS hat bei der HIV-Eindämmung die zentrale Koordinierungsrolle inne und integriert in ihrer multisektoralen Zusammensetzung die weiteren verantwortlichen VN-Organisationen und die Zivilgesellschaft.

Die Behandlung vieler Infektionskrankheiten wird durch die Zunahme von antimikrobiellen Resistenzen erschwert. Verstärkte gemeinsame und koordinierte Bemühungen nach dem „One Health“-Ansatz u. a. im Rahmen des globalen Aktionsplans „Global Action Plan for Healthy Lives and Well-being for All“ sind hier dringend erforderlich. Impfungen zählen zu den wirksamsten Maßnahmen, um Infektionskrankheiten vorzubeugen. Daher setzt sich die Bundesregierung für eine Ausdehnung von Impfprogrammen zur Förderung eines gerechten Zugangs zu Impfstoffen ein. Durch wirksame Impfprogramme liegt beispielsweise die endgültige Ausrottung von Polio heute in greifbarer Nähe. Deutschland unterstützt über sein Engagement bei der „Coalition for Epidemic Preparedness Innovations“ (CEPI) zudem die Entwicklung von Impfstoffen gegen besonders gefährliche oder neuartige Erreger.

● **Deutschland wird:**

● **die Wissensbasis und den internationalen Austausch zu Gesundheitsförderung, Prävention und Gesundheitskompetenz international stärken und sich für ein politikübergreifendes gesundheitsförderndes Engagement einsetzen.**

Die Schaffung von Rahmenbedingungen, die ein gesundes Aufwachsen und Leben sowie ein Altern in Würde und Selbstbestimmung fördern, und insbesondere Konzepte zur Stärkung der Ernährungskompetenz sowie zur Bewegung und Bewegungsförderung werden von Deutschland international unterstützt. Um wirksame Prävention und Gesundheitsförderung zu ermöglichen, setzt sich die Bundesregierung für die notwendige Zusammenarbeit der verschiedenen Politikbereiche und Politikebenen ein. Deutschland wird die Wissensbasis dafür stärken, wie Menschen zu mehr körperlicher Aktivität motiviert werden können. Auch unterstützt Deutschland in den VN die Zusammenarbeit ihrer Organisationen und Fonds zu ausgewogener Ernährung, was insbesondere mit Blick auf schwangere und stillende Frauen relevant ist. Gesundheitsfördernde globale Leitlinien und Prozesse für nachhaltige Ernährungssysteme werden unterstützt. Flankiert wird dieses Engagement durch Programme in



Partnerländern zu Ernährungssicherung, sicherem Trinkwasser und verbesserter Sanitärversorgung und durch interdisziplinäre Forschung vor Ort und in Deutschland zu der Frage, wie gesunde Ernährung bereits bei Lebensmittelherstellung und -vertrieb und durch das Zusammenwirken der Politikbereiche gefördert werden kann. Ein wichtiges Ziel ist die Unterstützung der Umsetzung der Tabakrahmenkonvention („Framework Convention on Tobacco Control“, FCTC) als erstes weltweites Abkommen im Bereich Gesundheit. Ebenso werden die verschiedenen Umweltfaktoren wie z. B. die Auswirkungen der Luftqualität auf die Gesundheit in den Blick genommen. Zudem wird Deutschland die Gesundheitskompetenz in der Bevölkerung auf der individuellen und strukturellen Ebene z. B. durch nationale und internationale Forschungsinitiativen fördern.

- **die normativ-leitende Rolle der WHO bei übertragbaren und nichtübertragbaren Krankheiten stärken und für eine Bündelung der Kompetenzen zur Eindämmung von nichtübertragbaren Krankheiten bei der WHO eintreten.**

Der WHO kommt bei der Eindämmung von übertragbaren und nichtübertragbaren Krankheiten eine wichtige Rolle zu. Sie entwickelt und vereinheitlicht Leitlinien, Standards und Methoden für alle Akteure im Gesundheitsbereich. Deutschland spricht sich für einen integrativen Ansatz und eine Reduzierung paralleler, krankheitsspezifischer Strukturen aus.

- **sich für die Stärkung des Arbeitsschutzes im Rahmen der ILO einsetzen.**

Deutschland unterstützt das Vorhaben, dass sichere und gesunde Arbeitsbedingungen in das ILO-Rahmenwerk grundlegender Prinzipien und Rechte bei der Arbeit aufgenommen werden.

- **sein internationales Engagement zur Reduzierung antimikrobieller Resistenzen und zum Ausbau der Antibiotikaforschung verstärken.**

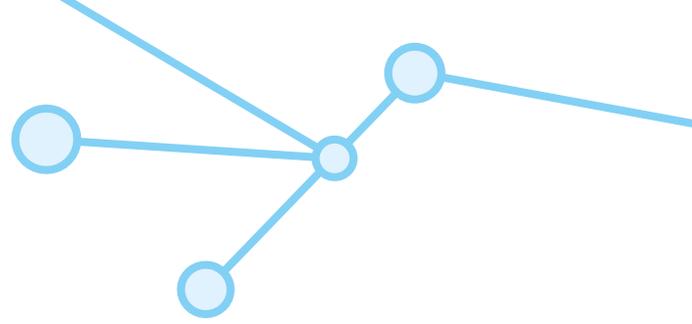
Deutschland beteiligt sich gezielt an internationalen Programmen zur Erforschung antimikrobieller Resistenzen und zur Entwicklung wirksamer neuer Antibiotika. Die Bundesregierung fördert die Umsetzung neuer multisektoraler Präventionsansätze, stärkt weltweit entsprechende Expertise und Strukturen und unterstützt Multi-Akteurs-Partnerschaften zur Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen. Partnerländern wird multilaterale und bilaterale Unterstützung bei der Entwicklung und Umsetzung nationaler Aktionspläne angeboten, insbesondere in den Bereichen Hygiene, Diagnostik, Regulierung und Surveillance sowie dem sachgerechten Antibiotikaeinsatz.

- **die Forschung zu Impfstoffen, das Verhalten von Impfstoffplattformen und die Ausdehnung von Impfprogrammen im eigenen Land und weltweit fördern.**

Mit der Weiterentwicklung von Impfstoffplattformen, beispielsweise über die internationale Initiative CEPI in interepidemischen Phasen stärkt die Bundesregierung auch die Reaktionsfähigkeit in neuen Gesundheitskrisen. Durch Impfprogramme wird die Ausbreitung von Infektionen eingedämmt. Deutschland setzt sich außerdem dafür ein, dass der gerechte Zugang zu Impfstoffen (wie auch zu essenziellen Arzneimitteln) ermöglicht wird, um Infektionskrankheiten einzudämmen, insbesondere in Ländern mit einem schwachen Gesundheitssystem. Die Impfallianzen Gavi und GPEI sind hierfür zentrale Partner der Bundesregierung und nutzen auch gesundheitssystemstärkende Ansätze unter Maßgabe der WHO als koordinierender Instanz.

- **erfolgreiche und aufeinander abgestimmte globale Partnerschaften und Fonds zur Reduzierung von Infektionskrankheiten unterstützen.**

Diese sind entscheidend, um die von übertragbaren Krankheiten verursachte Krankheitslast bis zum Jahr 2030 wesentlich zu reduzieren. Die Bundesregierung setzt sich hierbei für die Entwicklung und Verwirklichung eines Ansatzes ein, der zugleich das Gesundheitssystem allgemein stärkt.



- **sich gezielt für eine Berücksichtigung der vernachlässigten und armutsassoziierten Tropenkrankheiten in multilateralen Strategien und internationalen Foren einsetzen sowie Forschung vorantreiben und Versorgung verbessern.**

Deutschland fördert eine leitende Rolle der WHO bei der Steuerung und Koordinierung der Antwort auf vernachlässigte und armutsassoziierte Tropenkrankheiten.

- **engagiert mit Partnern die endgültige Ausrottung von Polio zügig umsetzen.**

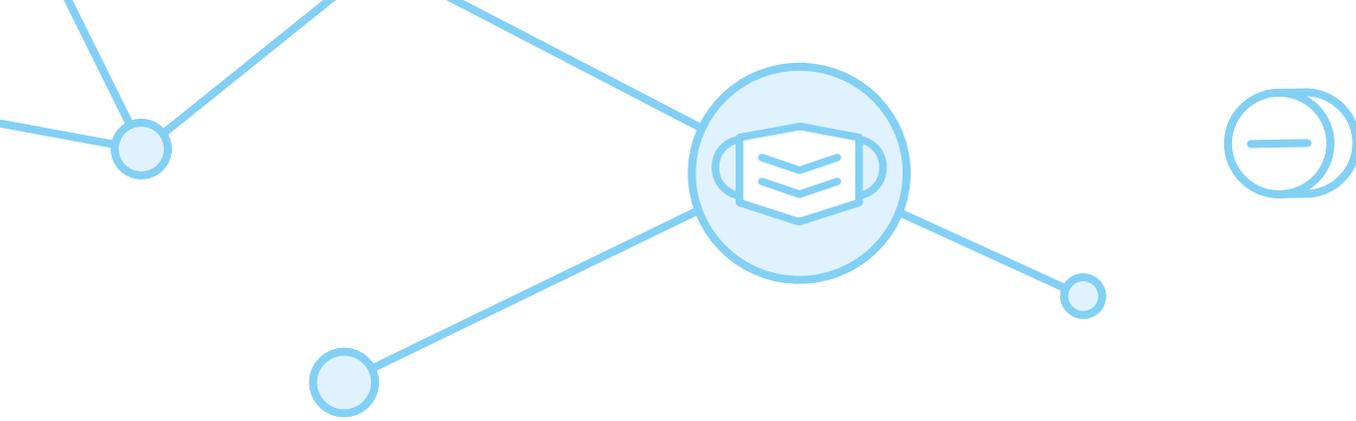
Deutschland bleibt ein zentraler Unterstützer der Polio-Ausrottungsinitiative und nutzt die Mitarbeit in den relevanten Gremien, um die Nachhaltigkeit der geschaffenen Kapazitäten sicherzustellen.

Box 2: Antibiotikaresistenzen

Antibiotikaresistenzen sind eine zunehmende Bedrohung für die globale Gesundheit. Sie bergen das Potenzial, weitreichende negative Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit sowie auf das Wachstum und die globale wirtschaftliche Stabilität zu haben.

Deutschland hat das Thema Antibiotikaresistenzen während seiner G7- und G20-Präsidentschaft hoch auf die internationale Agenda gesetzt und wird sein Engagement hierzu weiter fortsetzen. Die Eindämmung der Entstehung und Ausbreitung von Antibiotikaresistenzen kann nur sektorübergreifend wie im Rahmen der Tripartite Initiative von WHO, Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) sowie der Weltorganisation für Tiergesundheit (OIE) erfolgen. Eine gute, weltweit geeignete Orientierung für das gemeinsame Handeln gibt der Globale Aktionsplan der WHO zur Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen. Darin enthalten sind Elemente wie der Aufbau von Surveillance-Systemen, die Stärkung der Infektionsprävention und des sachgerechten Antibiotikaeinsatzes, die Förderung der Kompetenzen des medizinischen Personals sowie die Unterstützung von Forschung und Entwicklung. Die Bundesregierung unterstützt mit Nachdruck die Umsetzung des Globalen Aktionsplans zur Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen der WHO basierend auf dem „One Health“-Ansatz. Die Bundesregierung unterstützt durch multi- und bilaterale Ansätze wie beispielsweise dem „Global Health Protection Programme“ (GHPP) andere Länder bei der Entwicklung und Umsetzung von nationalen Aktionsplänen und dem Auf- bzw. Ausbau von Surveillance-Systemen, um die Überwachungs-kapazitäten für Antibiotikaresistenzen auf- bzw. auszubauen. Die Bundesregierung ist ein zentraler Unterstützer der WHO im Bereich AMR. Sie hat u. a. die von der WHO erstellte „Priority Pathogens List“ für besonders bedrohliche bakterielle Erreger gefördert, die heute Orientierung für die Arbeit vieler Forschender ist.

Als wichtige Grundlage für die Forschungspolitik im Bereich Antibiotika hat die Bundesregierung die Erstellung der WHO-Berichte über Antibiotika in der Entwicklung (sogenannte „Pipeline Reports“) unterstützt. Zur Belebung von Forschung und Entwicklung fördert sie bestehende globale Produktentwicklungspartnerschaften wie die „Global Antibiotic Research and Development Partnership“ (GARDP), den „Global Antimicrobial Resistance Research and Development Hub“ (Global AMR R&D Hub), die Gemeinsame Programminitiative zu Antibiotikaresistenzen (JPIAMR), die Partnerschaft zur Beschleunigung der Bekämpfung von antibiotikaresistenten Bakterien durch biopharmazeutische Produkte (CARB-X), die Initiative Innovative Arzneimittel (IMI) sowie die Tuberkuloseallianz für neue Arzneimittel (TB Alliance) gegen Tuberkulose. Die Bundesregierung wird Forschung und Entwicklung im Bereich Antibiotika über diese und andere Initiativen auch zukünftig fördern.



2. Umwelt, Klimawandel und Gesundheit ganzheitlich angehen

Gesundheit und Wohlbefinden sind auch abhängig von Umweltbedingungen. Klimaveränderungen haben vielfältige und teilweise unkalkulierbare Auswirkungen auf die Gesundheit. Höhere Temperaturen, aber auch die verstärkte Nutzung bislang ungestörter Lebensräume und die damit verbundene Nähe zu wildlebenden Tieren, können das Risiko erhöhen, dass vom Tier auf den Menschen übertragbare Infektionskrankheiten (Zoonosen) zunehmen oder in neuen Regionen auftreten. Auch Extremwetterereignisse wie z. B. Überflutungen können zur Zunahme von vektorenübertragbaren Krankheiten führen. Der Klimawandel wirkt sich ebenso auf nicht-übertragbare Krankheiten aus: So können z. B. Hitzewellen zu Gesundheitsbelastungen bis hin zu (mehr) Todesfällen führen; die Anzahl an zu versorgenden Menschen steigt; bestehende Krankheiten können verstärkt werden; neue

Krankheiten auftreten – mit entsprechenden Konsequenzen für das Gesundheitswesen. Die Folgen des Klimawandels wirken sich auch auf das Gesundheitssystem aus, z. B. wenn Gesundheitseinrichtungen nicht ausreichend vor Sonneneinstrahlung, Hitze, Starkregen, Überschwemmungen geschützt sind.

Ziel der Bundesregierung ist es deswegen, Klima- und Umweltschutz im Sinne von Gesundheitsschutz voranzutreiben, d. h., für die Gesundheit nachteilige Umwelt- und Klimaeinflüsse zu erkennen, zu reduzieren und zugleich zur Anpassung des Gesundheitsversorgungssystems an den Klimawandel und zur Minderung der Klimawandelfolgen beizutragen. Diese Herausforderungen müssen interdisziplinär und sektorübergreifend bewältigt werden.

Gleichzeitig trägt der Gesundheitssektor derzeit noch zur CO₂-Emission bei. Der Gesundheitssektor sollte eine Vorreiterrolle einnehmen und klimaneutral gestaltet werden.

Box 3: Die gegenseitigen Wechselwirkungen zwischen Gesundheit, Klima und Umwelt erfordern interdisziplinäre und sektorübergreifende Ansätze

Die negativen Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit wurden auch in der Präambel des Pariser Klimaschutzabkommens 2015 in Beziehung zu einem „Recht auf Gesundheit“ gesetzt. Die Verbesserung der globalen Gesundheit ist ein schlagkräftiges Argument für ambitionierte Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels. Der transdisziplinäre Ansatz, der gleichzeitig die menschliche Gesundheit und die politischen, ökonomischen und sozialen Systeme sowie den Zustand der natürlichen Systeme der Erde in den Blick nimmt, von denen die Zivilisation abhängt, wird als „Planetary Health“-Ansatz bezeichnet. Der „One Health“-Ansatz hingegen konzentriert sich stärker auf die Interaktion von Mensch, Tier und Umwelt, um die Entstehung globaler Gesundheitsrisiken zu verstehen und ihnen adäquat zu begegnen. Auch dieser interdisziplinäre und sektorübergreifende Ansatz betont, dass die gegenwärtige und zukünftige Gesundheit und das Wohlbefinden von Mensch und Tier abhängig davon sind, dass die Weltgemeinschaft Verantwortung für den Schutz der Umwelt übernimmt.

Deutschland wird:

sich international und gemeinsam mit Partnerländern dafür engagieren, Gesundheitsrisiken durch Umweltfaktoren, die Folgen des Klimawandels und des globalen Biodiversitätsverlustes zu erkennen und zu reduzieren und eine sektorübergreifende Zusammenarbeit für Gesundheit zu fördern.

Die Bundesregierung steht zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030, den Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaschutzabkommen und zum Schutz der Artenvielfalt und setzt sich international für deren sektorübergreifende Umsetzung ein. Die Bundesregierung unterstützt durch Partnerschaften andere Länder bei der Forschung zu Gesundheit, Klima und Umwelt, bei der Realisierung ihrer Klima- und Nachhaltigkeitsziele und bei der Absicherung vulnerabler Bevölkerungsgruppen gegen Folgen des Klimawandels. Deutschland wird Partnerländer in den Bereichen sicheres Trinkwasser, Sanitärversorgung, Abwassermanagement, Verbesserung der Luftqualität, Ernährungssicherung, Verbraucherschutz und beim kommunalen Umwelt- und Klimaschutz unterstützen. Deutschland wird sich dafür engagieren, dass mögliche gesundheitliche Auswirkungen durch den Verlust der Artenvielfalt und entsprechender Habitate frühzeitig erkannt und vermindert werden.

sich dafür einsetzen, dass insbesondere den gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels stärker international entgegen gewirkt wird, und sein Engagement in diesem Bereich gezielt ausbauen.

Deutschland unterstützt hierbei einen internationalen Austausch von Forschungs- und „Best Practice“-Ansätzen, z. B. zu Regulierungen für sauberere Luft, zur Energieversorgung von Gesundheitseinrichtungen mithilfe erneuerbarer Energien und zur Erstellung von Hitzeaktionsplänen. Außerdem gilt es, Gesundheitsfachkräfte, Katastrophenschutzpersonal, Lehrkräfte und Angehörige anderer Berufe entsprechend zu sensibilisieren, da diesen eine wichtige Rolle

als Vermittlerinnen und Vermittler zukommt und sie einen wichtigen Beitrag dazu leisten können, die gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen von vulnerablen Bevölkerungsgruppen durch veränderte Umweltbedingungen zu thematisieren und Bewusstsein in einer breiteren Öffentlichkeit zu schaffen.

die Forschung zum Nexus Umwelt, Klimawandel, Biodiversität, Gesundheit und Gesundheitssystem gezielt fördern und ausweiten.

Deutschland verstärkt die interdisziplinäre Forschung im Sinne eines „One Health“-Ansatzes zu den Zusammenhängen von Umwelt- und Klimaänderungen auf die Gesundheit sowie die Forschung zu effizienten Präventions-, Anpassungs- und Schutzmaßnahmen. Dabei sollen insbesondere Synergiepotenziale realisiert werden, die neben der Förderung von Gesundheit auch positive Effekte auf Umwelt- und Klimaschutz haben, wie z. B. Änderungen im Mobilitäts- und Ernährungsverhalten. Stärker in den Blick genommen werden in dem Zusammenhang auch die Auswirkungen des Klimawandels auf die Ernährungs- und Trinkwassersicherheit. Da Umwelttechnologien wie erneuerbare Energien die Gesundheit von Mensch und Umwelt maßgeblich verbessern können, wird Deutschland verstärkt in deren Entwicklung investieren. Die Umsetzung des Pariser Klimavertrages verringert das Risiko des Auftretens invasiver Arten, die zunehmend in Gebiete außerhalb ihres natürlichen Verbreitungsgebietes einwandern. Die Forschungsinitiative zum Erhalt der Artenvielfalt setzt auf die Bewahrung, Wiederherstellung und nachhaltige Nutzung intakter Ökosysteme, so dass direkte Kontakte zwischen Mensch und Wildtier minimiert werden.

ein sicheres Chemikalienmanagement weltweit fördern.

Die Bundesregierung wird ihr bestehendes Engagement für Chemikaliensicherheit weiter ausbauen und sich für eine effektive und schnelle Umsetzung des internationalen Chemikalienmanagements nach dem Jahr 2020 und des WHO-Chemikalienfahrplans einsetzen. Auch

wird sich Deutschland für die Umsetzung weiterer internationaler Abkommen im Bereich gefährlicher Substanzen (u. a. Pestizide) einsetzen. Zudem wird Deutschland sich für ein besseres Management von Abfällen aus Gesundheitseinrichtungen einsetzen.

● die Generierung von Wissen und Daten für Risikominderungsstrategien unterstützen.

Gemeinsam mit Europa und in Zusammenarbeit mit der chemischen Industrie erprobt Deutschland neue Methoden. Das sogenannte „Human Biomonitoring“ misst die Konzentration von

Chemikalien im Körper, um Wissen und nach Geschlechtern disaggregierte Daten für zielgruppenspezifische Risikominderungsstrategien zu generieren. Deutschland unterstützt auch das Monitoring und Forschungsprojekte zum globalen Vorkommen von Arzneimitteln in der Umwelt. Deutschland fördert zudem das Europäische Zentrum für Umwelt und Gesundheit (ECEH) der WHO für die Identifizierung und Bewältigung umweltbedingter Gesundheitsrisiken und setzt sich für eine breitere Ausstrahlungswirkung der Arbeit des Zentrums ein. Grundsätzlich sollten Vorsorge- und Verursacherprinzip weltweit handlungsleitend werden, um Umwelt und Gesundheit besser zu schützen.

Box 4: Europäisches Zentrum für Umwelt und Gesundheit (ECEH)

Das im Jahr 1991 eingerichtete ECEH der WHO in Bonn fungiert als wissenschaftliches Kompetenzzentrum des WHO-Regionalbüros für Europa. Es versorgt die Mitgliedstaaten mit Evidenz zu bestehenden und neuen umweltbedingten Gesundheitsrisiken, entwickelt entsprechende Leitlinien (z. B. zu Luftgüte und Lärmbelastung) und unterstützt die Mitgliedstaaten bei der Erstellung und Umsetzung von Konzepten zur Risikobewältigung. Die Bundesregierung unterstützt das Mandat der WHO im Bereich Umwelt und Gesundheit und unterstreicht mit ihrem Engagement für das ECEH die Bedeutung des Umweltschutzes für Gesundheit.

3. Gesundheitssysteme stärken

Allgemeine Gesundheitsversorgung („Universal Health Coverage“, UHC) bedeutet: Alle Bevölkerungsgruppen haben Zugang zu allen notwendigen, angemessenen und qualitativ hochwertigen Gesundheitsdiensten, und zwar ohne Barrieren und Diskriminierung sowie unabhängig von ihren finanziellen Mitteln. Gesundheitsdienste decken dabei nicht nur die Behandlung von Krankheit, sondern auch Gesundheitsförderung („Health Promotion“), Prävention, Rehabilitation und Palliativversorgung ab.

Das Ziel der Staatengemeinschaft ist es, eine allgemeine Gesundheitsversorgung inklusive Schutz vor finanziellen Härten für alle Menschen bis zum Jahr 2030 zu erreichen. Mit der politischen Erklärung der VN über allgemeine Gesundheitsversorgung aus dem Jahr 2019 verpflichteten sich Regierungen weltweit, ihre Anstrengungen zur Verwirklichung von Gesundheit für alle zu intensivieren. Die Stärkung von Gesundheitssystemen

ist dabei der Schlüssel für die Erreichung einer allgemeinen Gesundheitsversorgung. Deutschland setzt sich hier für einen systemorientierten Ansatz ein. Eine verbesserte Leistung und höhere Widerstandsfähigkeit von Gesundheitssystemen erfordern nationale, regionale und globale Maßnahmen in den drei miteinander verbundenen Politikbereichen: Leistungserbringung, Gesundheitsfinanzierung und Steuerung. Dabei unterstützt Deutschland die Ausrichtung auf inklusive Gesundheitsstrukturen, bei denen der Mensch im Mittelpunkt steht. Spezialisierte Gesundheitsdienste werden so in das System integriert, dass sie das gesamte Gesundheitssystem stärken. Gesundheitsdienste zum Schutz und zur Förderung der reproduktiven und sexuellen Gesundheit werden als zentrale Bausteine solcher essenziellen Dienste betrachtet. Gerade diese Dienste haben weitreichende Wirkungen über den Gesundheitsbereich hinaus: So haben beispielsweise durch den Zugang zu modernen Methoden der Familienplanung Mädchen und Frauen mehr Kontrolle über ihr eigenes

Leben, bessere Chancen auf eine längere und ununterbrochene Schulausbildung und somit mehr Möglichkeiten der beruflichen Ausbildung, bessere wirtschaftliche Perspektiven und eine verbesserte Chance auf gesellschaftliche Teilhabe.

Unter anderem durch Bevölkerungswachstum, Alterung und neue Gesundheitsrisiken verändern sich die Anforderungen an Gesundheitssysteme. Um eine ausreichende gesundheitliche

Grundversorgung für die Bevölkerung bereitstellen zu können und sie vor finanziellen Risiken durch hohe Gesundheitsausgaben zu schützen, wird es immer wichtiger, vorhandene Ressourcen bestmöglich einzusetzen und eine nachhaltige, zielgruppenspezifische und solidarische Gesundheitsfinanzierung auszubauen. Dabei ist eine klare Priorisierung von Diensten zur Prävention und Früherkennung von Krankheiten wie auch zur Vorbeugung und Kontrolle von Epidemien unabdingbar.



- **Deutschland wird:**

- **sein internationales Engagement zur Stärkung von Gesundheitssystemen intensivieren.**

Auch von den multilateralen und internationalen Akteuren aller Politikfelder wird Deutschland weiterhin eine systemstärkende Arbeitsweise für die globale Gesundheit einfordern.

- **sich international und mit Partnerländern für diskriminierungsfreie Gesundheitsdienste und die Verwirklichung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte einsetzen.**

Ziel ist es, gesundheitliche Ungleichheit abzubauen und die Gesundheit von Frauen, Jugendlichen und Kindern, Menschen mit Behinderungen und anderen marginalisierten und vulnerablen Bevölkerungsgruppen zu schützen und zu fördern. Gemeinsam mit anderen Ländern wird sich Deutschland auch weiterhin in internationalen Prozessen und vor Ort für den universellen Zugang zu Diensten der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, den hiermit verbundenen Rechten und den Schutz vor körperlicher, psychischer und sexualisierter Gewalt einsetzen. Die Unterstützung von Partnerländern in anderen relevanten Bereichen, wie beispielsweise im Bildungsbereich bei der Realisierung umfassender Sexualaufklärung an Schulen, ergänzt das Engagement Deutschlands.

- **Partnerländern Unterstützung beim Ausbau flächendeckender, sicherer, nichtkrankheitsspezifischer, qualitativ hochwertiger und akzeptabler Gesundheitsdienste für alle Menschen vor Ort anbieten.**

Deutschland wird hierbei die Verbesserung von Versorgungsqualität und Patientensicherheit in den Blick nehmen. Diese Unterstützung kann je nach Bedarf des Partnerlandes beispielsweise Prozessunterstützung bei der Entwicklung nationaler Strategien, die Stärkung von Systemen zur gesundheitlichen Aufklärung, die Beratung

und Unterstützung der Einrichtung nationaler und regionaler Zulassungs- und Überwachungsbehörden, die Stärkung von Verwaltung und Infrastruktur oder die Unterstützung der Aus- und Fortbildung von Gesundheitsfachkräften und bei der Schaffung von Arbeitsplätzen im Gesundheitssektor beinhalten. Die Förderung nachhaltiger digitaler Transformationsprozesse zur Verbesserung der allgemeinen Gesundheitsversorgung wird dabei als integraler Bestandteil unterstützt (im Sinne von „digital by default“). Weiter wird Deutschland Wissenstransfer und Netzwerke zu Patientensicherheit in Wissenschaft, Politik und Praxis fördern. Die von Deutschland ins Leben gerufenen globalen Gesundheitsministertreffen zu Patientensicherheit sind dafür ein wichtiger Ankerpunkt. Die Anerkennung von Patientensicherheit als einem prioritären Gesundheitsziel durch die WHO und ihre Aufnahme in den Themenkanon der G20 verstärken die deutschen Initiativen zur Verbesserung der Patientensicherheit. Außerdem wird Deutschland die Zivilgesellschaft stärken, etwa indem sie in Entscheidungsgremien aufgenommen wird, sowie Regulierungsmechanismen aufbauen und unterstützen, damit Patientinnen und Patienten ihre Rechte einfordern können.

- **sich für kontinuierlichen, gerechten Zugang zu sicheren Impfstoffen, Arzneimitteln, Medizinprodukten und Medizintechnik engagieren.**

Dabei wird ein systemorientierter Ansatz verfolgt, der Forschung und Entwicklung, Sicherstellung von Wirksamkeit und Unbedenklichkeit der Impfstoffe, Arzneimittel, Medizinprodukte, Hilfsmittel und Medizintechnik, die Qualität der Produktion und Aufbewahrung und die lokale Verfügbarkeit, den gerechten Zugang und die Bezahlbarkeit sowie die Sicherung geistiger Eigentumsrechte unter Beachtung der entsprechenden internationalen Abkommen umfasst. Die geistigen Eigentumsrechte betreffend, nimmt die Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) als Sonderorganisation der VN eine zentrale Rolle ein. In diesem Zusammenhang setzt sich Deutschland für eine enge Zusammenarbeit von WHO, WIPO und der Welthandelsorganisation (WTO) ein. Deutschland wird sich verstärkt gegen Arzneimittelfälschungen und Arzneimittel

von minderer Qualität und für mehr Aufklärung von Patientinnen und Patienten einsetzen. Deutschland wird auch intensiver mit den zuständigen Behörden in der Europäischen Union (EU) und weltweit zusammenarbeiten und sich dafür einsetzen, dass weltweit ein gerechter Zugang zu Impfstoffen, Arzneimitteln und Medizinprodukten ermöglicht wird.

- **sich national und international für die wissenschaftliche Information für Patientinnen und Patienten engagieren.**

Dabei wird im gemeinsamen Einsatz mit Partnern aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft darauf hingearbeitet, Patientinnen und Patienten auf der Grundlage von wissenschaftlichen Erkenntnissen über Gesundheitsfragen aufzuklären und Gesundheitsschäden, die durch gefährliche Falschmeldungen entstehen können, zu verhindern.

- **Partnerländer entsprechend ihrem Bedarf beim Aufbau nachhaltiger, solidarischer Gesundheitsfinanzierung und beim wirksamen Ressourceneinsatz unterstützen.**

Deutschland bietet Partnerländern Unterstützung beim Aufbau sozialer Absicherungssysteme gegen Krankheitskosten an, die einen Zugang aller Menschen zum Gesundheitssystem unabhängig von ihren finanziellen Mitteln gewährleisten. Weitere Schwerpunkte Deutschlands liegen auf der Unterstützung der Mobilisierung von Einnahmen für Gesundheit, auf einer Stärkung der interministeriellen Zusammenarbeit in der Gesundheitsfinanzierung für einen strategischen Mitteleinsatz, auf dem Aufbau rechtmäßiger, transparenter, gendersensibler sowie entwicklungsorientierter öffentlicher Finanzwesen und auf dem Kampf gegen Korruption im Gesundheitssektor.

4. Gesundheit schützen – grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren begegnen

Deutschland wird sein starkes Engagement für den globalen Gesundheitsschutz weiter intensivieren und die humanitären Folgen von Gesundheitskrisen noch besser und effektiver bekämpfen. Die Cholera-Epidemie im Jemen seit dem Jahr 2017, der Ebola-Ausbruch in Westafrika (in den Jahren 2014 bis 2016) und im Osten der Demokratischen Republik Kongo (in den Jahren 2018 bis 2020), die Zikavirus-Epidemie in Lateinamerika (in den Jahren 2015 bis 2016), das erstmalige Auftreten von MERS (seit dem Jahr 2012), zahlreiche andere Ausbrüche in anderen Ländern und die COVID-19-Pandemie bedeuten eine einschneidende Zäsur für die internationale Gemeinschaft. Die COVID-19-Pandemie hat die vielen Auswirkungen verdeutlicht, die mit einer globalen Gesundheitskrise verbunden sind. Die gesundheitlichen und sozioökonomischen Folgen betreffen alle Lebensbereiche. In humanitären Krisenkontexten sind die Auswirkungen von Krankheitsausbrüchen auf die betroffene Bevölkerung besonders dramatisch. Entsprechend müssen sich alle Politikbereiche mit der Bewältigung der Krise und der Linderung ihrer Folgen beschäftigen und gemeinsam an übergreifenden Lösungen arbeiten. Insbesondere aus der Ebola-Epidemie in Westafrika wurden Lehren für künftige Krankheitsausbrüche gezogen, die bereits positiven Einfluss auf das Handeln hinsichtlich der COVID-19-Pandemie hatten. Deutschland hat sein Engagement zur Verbesserung der internationalen Reaktionsbereitschaft und -fähigkeit wesentlich gesteigert und ist einer der zentralen Geber unter den finanziellen Unterstützern des „Global Humanitarian Response Plan“ der VN. Die Bundesregierung wird die in den Ressorts bestehende Expertise und vorhandenen Instrumente nutzen, um ein noch besser aufeinander abgestimmtes Vorgehen mit ganzheitlichem Ansatz sicherzustellen und den Schutz von Gesundheit weltweit weiter zu stärken.

Deutschland setzt sich international für die Stärkung der WHO, insbesondere für deren Führungsrolle und Unabhängigkeit, sowie für die Weiterentwicklung der „Internationalen

Gesundheitsvorschriften“ (IGV) der WHO als dem einschlägigen völkerrechtlichen Regelwerk ein. Zugleich engagiert sich die Bundesregierung für den globalen Aufbau und Erhalt der in den IGV geforderten Kernkapazitäten in den Ländern. Diese Kernkapazitäten sind notwendig, um Gesundheitsgefahren und -notfälle schnell zu erkennen, zu melden und um auf sie adäquat reagieren zu können. Wesentlich im Rahmen eines umfassenden Gesundheitskrisenmanagements ist auch die Stärkung der internationalen Koordinierung sowie Fortbildung, Übung der

relevanten Verfahren und Evaluierung des Umsetzungsstandes der IGV. Ziel ist es, dass die WHO über robuste Strukturen und Kapazitäten verfügt, um die Länder bei der Prävention, der Erkennung von und Reaktion auf Krankheitsausbrüche wirksam und effizient zu unterstützen und um die Hilfsleistungen der internationalen Gemeinschaft abzustimmen. Zudem sollen die Fähigkeit und Rolle der WHO bei der schnellen und unabhängigen Untersuchung von Ausbrüchen gestärkt werden.

Box 5: Die „Internationalen Gesundheitsvorschriften“ (IGV)

Die völkerrechtlich bindenden IGV haben zum Ziel, grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren zu verhindern, einzudämmen und ihre Auswirkungen, auch auf Handel und internationalen Verkehr, abzuschwächen. Sie legen die Meldepflicht für bestimmte Ereignisse fest, die eine Bedrohung für die öffentliche Gesundheit und die globale Gesundheit darstellen können. Die IGV definieren auch internationale Standards für die nationalen Überwachungssysteme, stellen Mindestanforderungen an die nationalen öffentlichen Gesundheitssysteme und beschreiben die notwendigen Vorkehrungen an Grenzstellen, Flughäfen und Häfen.

Die WHO spielt eine koordinierende Rolle bei der Umsetzung der IGV. Mithilfe eines in den IGV enthaltenen Bewertungsschemas wird auch bestimmt, welche Ereignisse eine „gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite“ darstellen können und an die WHO zu melden sind. Die WHO kann dann einen Notfallausschuss einberufen, der die Situation analysiert, temporäre Empfehlungen ausspricht und ggf. dem Generaldirektor oder der Generaldirektorin empfiehlt, eine sogenannte gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite auszurufen. Nur der Generaldirektor oder die Generaldirektorin kann solch einen internationalen Gesundheitsnotstand ausrufen. Zuletzt wurde die COVID-19-Pandemie zum internationalen Gesundheitsnotstand erklärt.

Ergänzend zu den jährlichen Umsetzungsberichten der IGV empfiehlt die WHO den Regierungen, eine Evaluierung („Joint External Evaluation“) durchzuführen. Diese beinhaltet eine Bewertung der Kapazitäten, die einem Land zur Verhütung und Erkennung von sowie Reaktion auf Bedrohungen für die öffentliche Gesundheit zur Verfügung stehen.

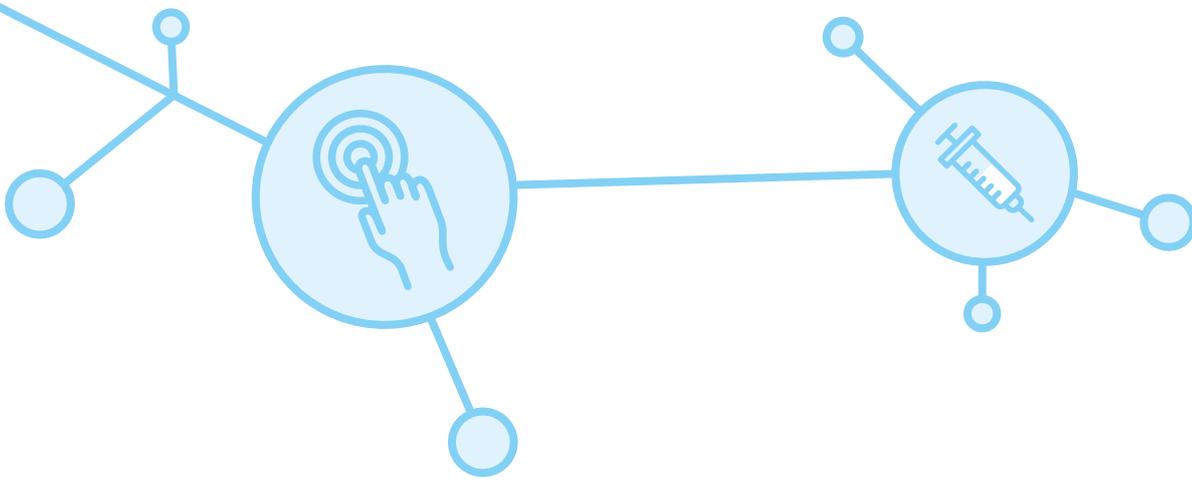
Lokale oder regionale Krankheitsausbrüche, Epidemien und Pandemien können aufgrund ineffektiver und ausgelasteter oder zum Teil überforderter Gesundheitssysteme eine destabilisierende Wirkung haben und vorhandene staatliche Fragilität verstärken. Belastbare Gesundheitssysteme erkennen Krankheitsausbrüche schneller und können auch im Fall einer Gesundheitskrise die Gesundheitsversorgung aufrechterhalten und menschliches Leid verhindern. Funktionierende und widerstandsfähige Gesundheitssysteme unterstützen somit zugleich stabile Staatlichkeit.

Auch können nur widerstandsfähige und in ein Mindestmaß an Staatlichkeit eingebettete Gesundheitssysteme in Zeiten staatlicher Fragilität bei Krisen und Konflikten die Gesundheitsversorgung aufrechterhalten. Daher verfolgt Deutschland den Ansatz, gleichzeitig Gesundheitssysteme zu stärken und Infrastruktur, digitale Überwachungs- und Managementsysteme und Fertigkeiten zur Ausbruchsprävention und -reaktion in die Gesundheitssysteme zu integrieren.





Ziel ist es, dass die WHO über robuste Strukturen und Kapazitäten verfügt, um die Länder bei der Prävention, der Erkennung von und Reaktion auf Krankheitsausbrüche wirksam und effizient zu unterstützen und um die Hilfsleistungen der internationalen Gemeinschaft abzustimmen.



Deutschland wird:

eine leistungsfähige WHO unterstützen, um Gesundheitskrisen vorzubeugen und Ländern im Gesundheitsnotfall schnell helfen zu können.

Partnerländern und internationalen Organisationen verstärkt seine Expertise zur Verfügung stellen, um die Prävention von und die Reaktion auf Krankheitsausbrüche, Epidemien und Pandemien und andere Ereignisse, die die öffentliche Gesundheit bedrohen, national, regional und global zu verbessern.

Deutschland fördert den Auf- und Ausbau des operativen Ausbruchs- und Nothilfeprogramms der WHO („WHO Health Emergencies Programme“), das Ländern schnelle Unterstützung im Krisenfall bietet, und baut sein dortiges Engagement weiter aus. Hierzu gehört auch die Stärkung der Fähigkeiten und einer international anerkannten Rolle der WHO zur schnellen und unabhängigen Untersuchung von Ausbrüchen. Wesentliche Voraussetzung für ein leistungsfähiges Krisenmanagement der WHO ist, dass ihr angemessene Finanzmittel zur Ausbruchsbekämpfung zur Verfügung stehen. Deutschland setzt sich deshalb dafür ein, dass die Mitgliedstaaten darauf hinarbeiten, der WHO eine flexiblere Finanzierung durch einen höheren Anteil zweckungebundener Mittel zu ermöglichen. Deutschland ist außerdem ein zentraler Geber für den wichtigen WHO-Notfallfonds „Contingency Fund for Emergencies“ (CFE) und setzt sich für dessen nachhaltige Finanzierung ein.

Deutschland verfügt über besondere Expertise in: Erkennung von Krankheitsausbrüchen und anderen Ereignissen, die eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit darstellen können, Frühwarnung und Meldung, Infektionsschutz, Labordiagnostik, Feldepidemiologie sowie Arzneimittel- und Impfstoffregulierung. Diese Fertigkeiten wird Deutschland mithilfe seiner Bundesinstitute, der Durchführungsorganisationen und von Instrumenten der Entwicklungszusammenarbeit und in Zusammenarbeit mit der WHO, Regionalorganisationen und Partnerländern und Vertreterinnen und Vertretern aus der Wissenschaft, Zivilgesellschaft und aus Glaubensgemeinschaften verstärkt nutzen, um Partnerländern bereits vorbeugend Unterstützung und Fähigkeitenaufbau anzubieten. Die Maßnahmen zur Stärkung des Gesundheitssystems umfassen auch die Verbesserung der Infrastruktur und von Fertigkeiten zur Ausbruchsprävention und -reaktion. Zudem setzt sich Deutschland für die Integration der im Rahmen der Polioeindämmung aufgebauten Expertise und geschaffenen Strukturen (so genannte „polio assets“) in die nationalen Gesundheitsstrukturen ein, damit diese auch nach dem Auslaufen internationaler Finanzierung zur Eindämmung von Krankheitsausbrüchen zur Verfügung stehen.

Box 6: Deutsche Fachinstitute und -einrichtungen bringen ihre Expertise in die internationale Pandemievorsorge und -bekämpfung ein

Um Partnerländer im Ausbruchsgeschehen und beim Aufbau belastbarer Gesundheitssysteme zu unterstützen, stellen Fachinstitutionen in Deutschland ihre spezifische Expertise und langjährige Erfahrung zur Verfügung.

Im Rahmen des deutschen „Global Health Protection-Programme“ (GHPP) bringen deutsche Fachinstitutionen, wie das Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin (BNITM), das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM), das Forschungszentrum Borstel (FZB), das Friedrich-Loeffler-Institut (FLI), das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) und das Robert Koch-Institut (RKI), ihre Expertise in Projekte zur internationalen Epidemieprävention und -bekämpfung ein. Die an dem Bedarf der Partnerländer ausgerichteten Maßnahmen stärken die Krisenreaktionsfähigkeit und tragen allgemein zur Stärkung der Gesundheitssysteme bei. Je nach Projekt variieren die Aktivitäten von der Durchführung von Trainingsmaßnahmen bis zum Aufbau spezifischer Kapazitäten, wie z. B. für Labore vor Ort.

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der Ebola-Krise in Westafrika und als ein weiterer Baustein des deutschen Engagements für eine verbesserte internationale Reaktion auf Gesundheitskrisen wurde im Jahr 2015 die „Schnell einsetzbare Expertengruppe Gesundheit“ (SEEG) gegründet. Die SEEG unterstützt Partnerländer kurzfristig, flexibel und weltweit durch die Entsendung von Expertinnen und Experten. Die Expertenteams werden je nach Ausbruch und Bedarf passend aus den folgenden Institutionen zusammengesetzt: dem RKI, dem BNITM und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ) sowie in der aktuellen COVID-19-Pandemie dem Universitätsklinikum Charité. Die SEEG hat bis August 2020 25 Einsätze in mehr als 15 Ländern und zu diversen Infektionskrankheiten wie Zika-, Lassa- und Ebola-Fieber, der Pest und aktuell zum Coronavirus SARS-CoV-2 erfolgreich durchgeführt.

Als Reaktion auf den COVID-19-Ausbruch hat Deutschland ressourcenarme Länder beispielsweise durch Missionen der SEEG und im Rahmen des GHPP, u. a. durch die Bereitstellung von Materialien zur Diagnostik, die Stärkung von Laborkapazitäten und die Entwicklung und Durchführung von (Online-) Schulungen in Kooperation mit WHO-AFRO/-EMRO, unterstützt.

● gezielt den „One Health“-Ansatz zur Epidemievorbeugung nutzen.

Etwa zwei Drittel aller neuen Gesundheitsgefahren entstehen aufgrund von vom Tier zum Menschen übertragbaren Krankheiten (Zoonosen). Die Übertragung erfolgt über Tierkontakt, Vektoren oder infizierte Lebensmittel. Daher wird Deutschland Präventionsansätze in Partnerländern und auf internationaler Ebene unterstützen, welche die Schnittstellen von menschlicher Gesundheit mit Tiergesundheit und der Umwelt beachten. Deutschland wird zudem disziplin- und sektorübergreifend mit der WHO, der FAO und der OIE zusammenarbeiten, um den für das Entstehen und die Übertragung von Krankheitserregern relevanten Einflussfaktoren entgegenzuwirken. Auch wird Informationsaustausch und Vernetzung

gefördert, um frühzeitig neue Erreger und resistente Keime zu erkennen und hierauf zu reagieren. Deutschland wird zudem die Erforschung von Zoonosen unterstützen.

● in humanitären Gesundheitskrisen schnelle und effektive Hilfe bereitstellen.

Deutschland wird sein konsequentes Engagement für eine prinzipientreue und bedarfsorientierte humanitäre Gesundheitshilfe fortsetzen. Dies bedeutet neben der strikten Einhaltung der humanitären Prinzipien (Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Neutralität und Unabhängigkeit) auch die Stärkung von Koordinierungsstrukturen, insbesondere dem von der WHO geleiteten humanitären Gesundheitscluster („Health Cluster“) und die verstärkte Unterstützung lokaler Ansätze.

● **sich gremienübergreifend für die Wahrung des humanitären Raums, einschließlich des Schutzes humanitären und medizinischen Personals und deren Einrichtungen einsetzen.**

Die beobachtete Zunahme von Angriffen auf medizinisches Personal und medizinische Einrichtungen unterstreicht den Stellenwert von Schutz und Resilienz der Gesundheitsversorgung. Zur Aufrechterhaltung des Zugangs zum Gesundheitssystem auch in Krise, Konflikt oder Krieg ist das politikfeldübergreifende Engagement zu stärken, das auch den Zusammenhang zwischen Gesundheits- und Sicherheitssektor betrachtet.

● **die eigenen Kräfte weiter stärken, um im Notfall schnell weltweit unterstützen zu können.**

Deutschland wird weiterhin im Europäischen Medizinischen Korps (EMC) und im „Globalen Netzwerk zur Warnung und Reaktion bei Krankheitsausbrüchen“ (GOARN) mitwirken sowie mobile Nothilfe-Teams fördern. In Nichtausbruchzeiten werden u. a. Maßnahmen umgesetzt, die Epidemien vorbeugen bzw. auf sie vorbereiten und zur Gesundheitssystemstärkung beitragen. Um im Notfall schnell weltweit unterstützen zu können, wird Deutschland seine Koordinierungsmechanismen weiter verbessern.

Box 7: Humanitäre Gesundheitshilfe

Humanitäre Krisen haben schwerwiegende Folgen für die Gesundheit der betroffenen Bevölkerung. Langanhaltende Krisen beeinträchtigen selbst gut funktionierende Gesundheitssysteme und führen immer wieder zum teilweisen, oft auch vollständigen Zusammenbruch der Gesundheitsversorgung. Gesundheit ist daher elementarer Bestandteil und Schwerpunkt der deutschen humanitären Hilfe.

Ziel ist es, in akuten Notsituationen und langanhaltenden Krisen mit medizinischen Maßnahmen und unterstützenden Leistungen ein Überleben in Würde zu ermöglichen. Die humanitäre Gesundheitshilfe orientiert sich kontextbezogen an den humanitären Bedarfen der von einer Krise betroffenen Bevölkerung. Dies umfasst, insbesondere in langanhaltenden Krisen, zunehmend auch die Behandlung chronischer und nichtübertragbarer Krankheiten. Aufgrund ihrer besonderen Bedeutung wird den Handlungsfeldern der medizinischen Erst- und Basisversorgung, der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, der psychischen Gesundheit sowie der Infektionsprävention und -kontrolle besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Die von der Bundesregierung finanzierte humanitäre Gesundheitshilfe wird so geleistet, dass sie dazu beiträgt, bestehende und dringende Bedarfe zu decken, drohende mögliche Bedarfe zu vermeiden und/oder zu reduzieren, ohne dabei schädliche Nebenwirkungen zu erzeugen („do no harm“). Gleichzeitig trägt sie zur Resilienz von Betroffenen bei, stärkt die Kapazitäten von humanitären Partnern für die Zukunft und schafft, wo immer möglich, Anknüpfungspunkte für Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit.

5. Forschung und Innovation für globale Gesundheit vorantreiben

Gesundheitsforschung ist ein zentraler Baustein bei der Bewältigung aktueller und zukünftiger Herausforderungen in der globalen Gesundheit. Als hochinnovativer Forschungsstandort kann Deutschland substanziell zur Beantwortung

zentraler Fragen der globalen Gesundheit beitragen. Durch eine bessere Vernetzung der verschiedenen Disziplinen im Wissenschaftssystem können neue Lösungsansätze gefunden werden. Dies hat beispielsweise die interdisziplinäre Forschung von Human- und Veterinärmedizin, Gesundheits-, Pflege- und Rehabilitationswissenschaften, Landwirtschaft und Umweltschutz

(„One Health“-Ansatz) zur Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen gezeigt. Auch der Schlussschluss mit internationalen Partnern sowie internationale Kooperationen von Forschenden oder auch Forschungsförderern haben einen sichtbaren Mehrwert und werden unter anderem auf EU-Ebene gefördert. Die afrikanischen Länder sind für Deutschland auch in der Forschung für globale Gesundheit zentrale Partner. Die von der Weltgemeinschaft angestrebte Stärkung der globalen Gesundheit hängt ganz wesentlich von Fortschritten auf dem afrikanischen Kontinent ab. Der Leitgedanke „leave no one behind“ der Agenda 2030 nimmt auch in der Forschungsförderung für globale Gesundheit einen hohen Stellenwert ein. Deutschland unterstützt Forschung, die ihren Blick besonders auf benachteiligte und vulnerable Menschen bzw. Gruppen richtet. Die Eindämmung von vernachlässigten und armutsassoziierten Tropenkrankheiten mit ihrer hohen Krankheitslast, gerade in den wirtschaftlich schwächsten Ländern der Welt, wird Deutschland auch in Zukunft ein besonderes Anliegen sein. Daneben wird es gemeinsam mit Partnerländern in ausgewählten Bereichen Ansätze zur Prävention und Behandlung von nichtübertragbaren Krankheiten erforschen und weiterentwickeln.

Globale Gesundheit braucht neue Wege und eine effektivere Ausschöpfung des vorhandenen Potenzials aus Digitalisierung und Forschung. Die Digitalisierung verändert die Lebenswelt aller Menschen. Die Bundesregierung möchte die Digitalisierung zum Motor für Nachhaltigkeit machen und in den Dienst der Agenda 2030 stellen. Im Gesundheitswesen birgt sie ein enormes Potenzial für die Stärkung von Gesundheitssystemen und die dezentrale, zeit- und ortsunabhängige Versorgung des Einzelnen. Hierbei trägt Digitalisierung insbesondere zur Erreichung der allgemeinen Gesundheitsversorgung bei. Digitalisierte und vernetzte Gesundheits- und Sozialsysteme können ihre Effizienz steigern und mehr Transparenz schaffen, die Qualität von und den Zugang zu Gesundheitsleistungen sowie -informationen verbessern sowie personenzentrierte Leistungen fördern. Ein verantwortungsvoller Umgang mit sensiblen gesundheitsbezogenen



Daten und eine informierte Einwilligung in deren Nutzung sind jedoch notwendig (Datenschutz und Datensicherheit).

Hierfür müssen digitale Innovationen wirksam, machbar, sicher und erschwinglich sein. Auch die großen Chancen des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz im Gesundheitsbereich sollten betont werden: bei der Diagnostik sowie bei der Arzneimittel- und Impfstoffentwicklung. Gerade zur Minderung der Unterversorgung mit spezialisierter Medizin im globalen Süden bietet das große Chancen.

Deutschland engagiert sich für die Entwicklung eines „digitalen Ökosystems“ im Gesundheitsbereich, das die verschiedenen Standpunkte der Gesellschaft und der Unternehmen aufgreift. Dabei ist stets zu berücksichtigen, dass personenbezogene Gesundheitsdaten sehr sensibel und in besonderem Maße vor unberechtigter Einsichtnahme und vor Missbrauch zu schützen sind.

- **Deutschland wird:**

- **interdisziplinäre Zusammenarbeit fördern und Impulse zur strukturellen Verbesserung der Forschung für globale Gesundheit setzen.**

Globale Gesundheitsforschung soll als ganzheitlicher Ansatz gesehen werden. Ein erster Schritt wurde mit der Vernetzungsplattform für Forschung zur globalen Gesundheit „German Alliance for Global Health Research“ gegangen.

- **die europäische und internationale Zusammenarbeit für globale Gesundheitsforschung stärken.**

Die Bundesregierung wird das in Deutschland bestehende Wissens- und Forschungspotenzial noch gezielter in die europäischen und internationalen Prozesse einbringen, hierfür Partnerschaften eingehen und sich in Netzwerken und Plattformen engagieren.

- **die Unterstützung einer produktorientierten Forschung und Entwicklung zur Bekämpfung vernachlässigter, armutsassoziierter (Tropen-)Krankheiten konsequent fortsetzen.**

Die Förderung von nichtgewinnorientierten Produktentwicklungspartnerschaften hat sich hier als ein erfolgreiches Instrument erwiesen,

auch weil der Aspekt der Zugangsgerechtigkeit hier von Anfang an mitgedacht wird. Dazu zählt auch, dass neu entwickelte Gesundheitsprodukte in ressourcenschwachen Umgebungen einsetzbar sein müssen. Deutschland unterstützt die systemische Forschung zur Wirksamkeit von Maßnahmen unter realen Bedingungen.

- **Partnerländer bei der nachhaltigen Stärkung ihrer Forschung für globale Gesundheit unterstützen.**

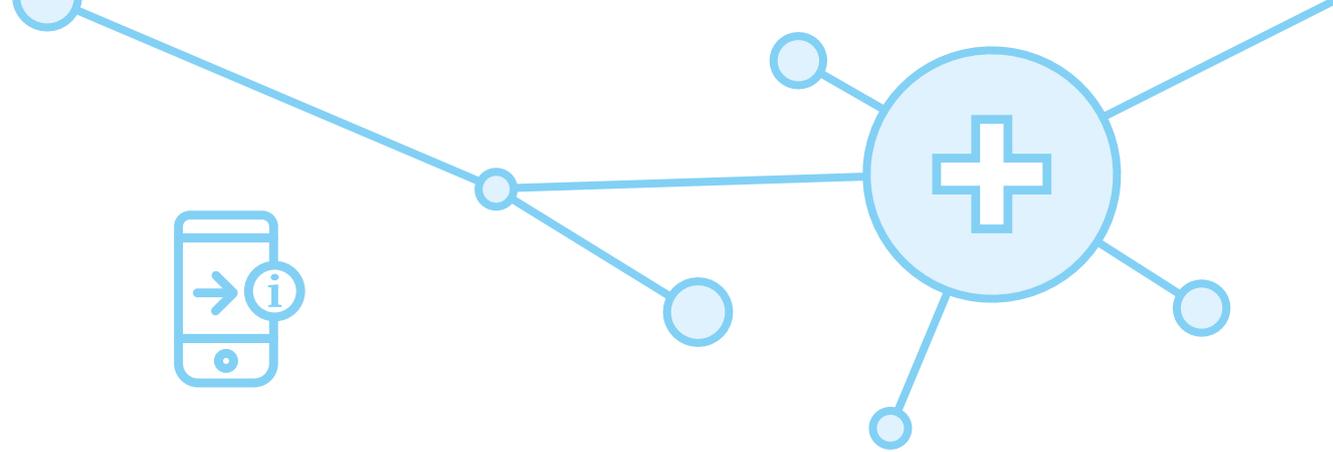
Mit passgenauen Initiativen wird der nachhaltige Aufbau von (Forschungs-) Kapazitäten und Kooperationsstrukturen vor Ort unterstützt. Dies wiederum trägt zur Stärkung der dortigen Gesundheitssysteme bei sowie zum Aufbau von Süd-Süd-Kooperationen.

- **die Impfstoffentwicklung vorantreiben und einen gerechten weltweiten Zugang fördern.**

Mit Forschungsförderung und dem Engagement in nationalen und internationalen Initiativen wie der CEPI will Deutschland erreichen, dass zeitnah Impfstoffe gegen Infektionskrankheiten mit hohem Pandemiepotenzial verfügbar sind bzw. im Pandemiefall schnell entwickelt und verfügbar gemacht werden können.

Box 8: Die Vernetzungsplattform Forschung für globale Gesundheit „German Alliance for Global Health Research“

Die „German Alliance for Global Health Research“ ist eine forschungsorientierte Plattform, deren Ziel es ist, die interdisziplinäre, internationale und sektorübergreifende Forschung und Zusammenarbeit zur globalen Gesundheit in und außerhalb Deutschlands zu unterstützen. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus ganz Deutschland arbeiten disziplin- und standortübergreifend zusammen. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der kommenden Generation von Forscherinnen und Forschern. Die Vernetzungsplattform soll den Aufbau einer interdisziplinären deutschen „Global Health“-Forschungscommunity vorantreiben, den deutschen Beitrag zur „Global Health“-Forschung stärken und ihre Ergebnisse besser bekannt machen.



- **beim Kampf gegen Krebs international ein deutliches Zeichen setzen.**

Deutschlands Rolle als ein führender Standort der Krebsforschung wird über das Bündnis „Nationale Dekade gegen Krebs“ nachhaltig gestärkt werden, um gemeinsam mit Partnern wegweisende Fortschritte im Kampf gegen den Krebs zu erzielen. Das Bündnis wird dabei auch international wirken und Deutschland neue Erkenntnisse in den globalen Kontext einbringen. Die internationale Zusammenarbeit führender deutscher Forschungseinrichtungen wird intensiviert.

- **sich für den Zugang zu und Austausch von Wissen und Forschungsergebnissen einsetzen.**

Forschende und Akteure der Gesundheitsversorgung sollen die Möglichkeit erhalten, umfassende aktuelle und hochwertige Daten zu nutzen, diese Daten zu teilen und zeitnah Ergebnisse einzusehen. Dazu dienen beispielsweise gemeinsame digitale Plattformen oder Register. So können neue wissenschaftliche Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen rascher ausgetauscht und auch unmittelbar in der Gesundheitspolitik bzw. Gesundheitsversorgung berücksichtigt werden. Darüber hinaus sollen relevante Gesundheitsdaten – unter voller Wahrung der Persönlichkeitsrechte der Menschen, auf die sich die Daten beziehen, und unter Beachtung der Datenschutzvorgaben im Sinne eines wirksamen Schutzes vor Deanonymisierung, Stigmatisierung, Diskriminierung und Benachteiligung – für Forschung und Entwicklung zugänglich sein und nach entsprechender Auswertung auch der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung stehen.

- **die Digitalisierung zur Verbesserung von Gesundheitssystemen und ihren nutzbringenden Einsatz gezielt fördern.**

Die Bundesregierung stärkt die Forschung und die Entwicklung wirksamer, sicherer, barrierefreier und kompatibler digitaler Technologien, um diese für die Verbesserung von inklusiven Gesundheitssystemen weltweit nutzbar zu machen. Von zentraler Bedeutung sind dabei der effektive Austausch von Informationen innerhalb des Gesundheitssystems und zwischen medizinischer Forschung und Patientenversorgung, jeweils unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen. Wichtig ist hierfür die Verwendung von internationalen Standards. Die EU bietet als gemeinsamer Wissenschafts-, Wirtschafts- und Datenraum die Möglichkeit, durch innovationsfreundliche Regelungen weltweit Standards zu setzen und Infrastruktur für eine gemeinsame und verantwortungsbewusste Nutzung von Gesundheitsdaten aufzubauen. Hierfür sollen ein gemeinsamer „Code of Conduct“ und weitere regulatorische und organisatorische Maßnahmen erarbeitet werden, um einen wertebasierten Datenaustausch – unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen, insbesondere unter Beachtung der geltenden datenschutzrechtlichen Regelungen, und unter Gewährleistung der Datensicherheit – in der EU und mit Drittstaaten zu erleichtern. Basierend auf nationalen Strategien für digitale Gesundheit unterstützt Deutschland Partnerländer bei deren Auf- und Ausbau integrierter, evidenzbasierter und skalierbarer digitaler Systeme im Gesundheitssektor und orientiert sich dabei an globalen Leitlinien. Flankiert durch Beratung zu Gesundheitsberichterstattung und strategischer Mittelverwendung werden Partnerregierungen dabei unterstützt, Investitionen in Gesundheit



auf Grundlage digitaler Gesundheitsdaten gezielt und transparent zu steuern. Auch bei der frühzeitigen Entdeckung und dem Management von Ausbrüchen von Infektionskrankheiten haben sich in das nationale Gesundheitssystem integrierte Softwaresysteme bewährt und werden von Deutschland unterstützt.

sich national, europaweit und international für einen umsichtigen digitalen Wandel im Gesundheitsbereich einsetzen, der das Einzel- und Gemeinwohl berücksichtigt und die Privatsphäre schützt.

Aufbauend auf dem Engagement auf europäischer Ebene unterstützt die Bundesregierung internationale Initiativen: Zusammen mit der Europäischen Kommission werden europäische Erfahrungen, Datenschutz-, Datensicherheits- und Datennutzungsstandards sowie der ethische Diskurs über den möglichen Nutzen, die Risiken und Grenzen neuer Technologien auf globaler Ebene geteilt.

Box 9: „Coalition for Epidemic Preparedness Innovations“ (CEPI)

Das Ziel der von der Bundesregierung unterstützten CEPI ist es, Epidemien zu stoppen, bevor großflächige Gesundheitskrisen entstehen. CEPI ist eine öffentlich-private Partnerschaft aus Staaten, Stiftungen und Unternehmen der pharmazeutischen Industrie. Sie entwickelt Impfstoffe gegen Erreger, die gefährliche Epidemien verursachen können. Die Impfstoffe sollen schnell einsatzbereit und weltweit verfügbar sein.

Im Fokus der Initiative stehen Krankheiten, welche die WHO als mögliche künftige Pandemien identifiziert hat oder für die durch die WHO ein internationaler Gesundheitsnotstand ausgerufen wurde. Diese Krankheiten bieten den Pharmakonzernen oftmals kaum wirtschaftliche Anreize, die hohen Entwicklungskosten für Impfstoffe zu übernehmen. Die öffentliche Förderung durch die internationale Gemeinschaft soll diese Lücke schließen. Dabei kann im Fall eines Ausbruchs auf bereits etablierte Mechanismen und Technologieplattformen zurückgegriffen werden, um eine schnelle Handlungs- und Reaktionsfähigkeit zu erzielen.

II. Herausforderungen gemeinsam angehen, neue Wege aufzeigen

Deutschland – wie letztendlich alle Staaten – profitiert von einer regelbasierten internationalen Ordnung. Frieden, Wohlstand, Rechtsstaatlichkeit und eine offene Gesellschaft sind für Deutschland untrennbar mit dem globalen Miteinander verbunden. Auch globale Gesundheitspolitik kann nur in enger und kooperativer Zusammenarbeit, Vernetzung und in Abstimmung mit Partnern umgesetzt werden.

Die globale Gesundheitsarchitektur ist durch eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure gekennzeichnet. Multilaterale Organisationen, globale und regionale Initiativen und Partnerschaften, nichtstaatliche und staatliche Akteure arbeiten an der Erreichung der Ziele der Agenda 2030. Diese Vielschichtigkeit ist eine besondere Stärke, gleichzeitig birgt sie aber auch Herausforderungen. Um die Zusammenhänge zwischen Gesundheit, wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung und Umwelt gemeinsam anzugehen und die Potenziale aller Akteure bestmöglich zu nutzen, bedarf es erhöhter Koordinierung und Abstimmung auf allen Ebenen.

● **Deutschland wird:**

- **sich in relevanten internationalen Gremien und Prozessen für die globale Gesundheit engagieren,**
- **sich für einen konstruktiven Multilateralismus mit einer zentralen Rolle der WHO einsetzen,**
- **regionale Partnerschaften ausbauen.**

1. Politisches Engagement zugunsten globaler Gesundheit verstärken

Die G7 und G20 umfassen die wirtschaftlich stärksten Staaten. Rund zwei Drittel der Weltbevölkerung leben in den G20-Staaten. Selbstverpflichtungen dieser Gemeinschaften haben eine politische Signalwirkung und sind wichtige Meilensteine für die Umsetzung der globalen Gesundheitsziele.

Die EU kann maßgeblich zur Bewältigung globaler Gesundheitsprobleme beitragen. Als Mitgliedstaat der EU wirbt Deutschland im internationalen Umfeld für die gemeinsamen europäischen Werte, Interessen und Positionen. Bereits jetzt sind die Mitgliedstaaten und die EU zusammen wesentliche Geldgeber im Bereich globaler Gesundheit. Durch eine Bündelung der innerhalb der EU bestehenden Expertise kann dieser finanzielle Beitrag eine noch höhere Wirkung in der globalen Gesundheit entfalten.

- **sich dafür einsetzen, dass globale Gesundheit eine Priorität der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer ist.**

Im Rahmen der Gruppen der Industrie- und Schwellenländer (G-Formate) setzt Deutschland Schwerpunkte auf die Verpflichtungen zur Verbesserung der allgemeinen Gesundheitsversorgung und Stärkung von Gesundheitssystemen, einschließlich der Stärkung von Prävention, des Ausbaus digitaler Technologien, der Verbesserung des Schutzes von Gesundheit und der Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen unter Berücksichtigung des „One Health“-Ansatzes. Darüber hinaus wirbt die Bundesregierung in diesen Formaten für gemeinsame Initiativen zur Stärkung der WHO. Auch in diesen Formaten wird die Bundesregierung ihre bisher praktizierte intensive Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft fortführen.



- **sich für eine aktivere Rolle der EU bei der Bewältigung globaler Herausforderungen im Gesundheitsbereich engagieren.**

Dies gilt für die Gesundheitskrisenbekämpfung und -prävention genauso wie für den Bereich der nichtübertragbaren und chronischen Krankheiten, in dem die EU und ihre Mitgliedstaaten über große Expertise verfügen. Deutschland tritt für ein starkes ECDC ein, das u. a. Pandemien auf EU-Ebene wirksam entgegentreten kann. Auch bei der Gestaltung des digitalen Wandels kann die EU angesichts ihres hohen Datenschutz- und Sicherheitsniveaus weltweit Maßstäbe setzen für eine verantwortungsvolle und am Menschen sowie dessen unterschiedlichen Bedürfnissen und Datenschutzrechten orientierte Nutzung digitaler Anwendungen – basierend auf Big Data oder Künstlicher Intelligenz. Von Bedeutung sind zudem die Sicherstellung der Verfügbarkeit von Arzneimitteln sowie die europäische Zusammenarbeit bei der Produktion von kritischen Wirkstoffen.

- **sich dafür einsetzen, dass die EU eine kohärente Politik im Bereich globale Gesundheit verfolgt und ihre Potenziale bestmöglich nutzt.**

Dafür bedarf es einer Stärkung des Politikfeldes globale Gesundheit auf europäischer Ebene und durch die europäischen Institutionen. Gleichzeitig müssen die Koordinierung der Mitgliedstaaten untereinander und der zielgerichtete Austausch zwischen allen relevanten europäischen Akteuren gestärkt werden. Deutschland wirkt mit anderen Mitgliedstaaten darauf hin, dass die Rolle der EU in der WHO gestärkt wird. Ziel ist eine prominente, kohärente und besser koordinierte Wahrnehmung und Vertretung europäischer Interessen in der globalen Gesundheit.

2. Multilateralismus stärken – globale Gesundheitsarchitektur weiterentwickeln

Eine der wichtigsten Aufgaben deutscher globaler Gesundheitspolitik ist es, zum Erhalt und zur Stärkung der regelbasierten internationalen Ordnung beizutragen, sie gemeinsam mit gleichgesinnten

Partnern weiterzuentwickeln und die multilaterale Zusammenarbeit zu fördern. Deutschlands Mitgliedschaft in den VN ist und bleibt dabei der zentrale und universale Bezugsrahmen der multilateralen Politik Deutschlands. Die VN sind die einzige internationale Institution, die aufgrund ihrer weltumspannenden Mitgliedschaft universelle politische Legitimation genießt. Im System der VN nimmt die WHO als Sonderorganisation der VN für Gesundheit eine zentrale Rolle ein. Sie gibt die normative Orientierung und Richtlinien für die Verbesserung der öffentlichen Gesundheit in den Mitgliedstaaten sowie der globalen Gesundheit vor und ist damit richtungsweisend für die Arbeit der anderen Gesundheitsakteure, die Programme zur Verbesserung der globalen Gesundheit finanzieren und umsetzen.

Das deutsche Engagement in und für Multi-Akteurs-Partnerschaften fügt sich in die grundsätzliche Ausrichtung der deutschen globalen Gesundheitspolitik und die Stärkung der leitenden und koordinierenden Rolle der WHO ein. Internationale Organisationen, Institutionen und Initiativen wie UNAIDS, UNFPA, UNICEF, der GFATM, die Impfallianz Gavi und die GFF nehmen mit ihren innovativen Ansätzen eine Vorreiterrolle ein. Mit ihrem Fokus auf konkrete Mandate und eine Wirkungsorientierung haben sie entscheidend zu den Fortschritten für die Gesundheit unzähliger Menschen beigetragen. Im Zuge des Wandels hin zu mehr horizontalen statt vertikalen Gesundheitsprogrammen und weg von ihrer Fragmentierung sollten die krankheitsspezifischen Programme und spezialisierten Gesundheitsdienste der Fonds stärker in nationale Gesundheitssysteme als Ganzes integriert werden und die Partnerländer entsprechend unterstützen. Dem globalen Aktionsplan unter Federführung der WHO kommt hierbei eine tragende Rolle zu.

Multi-Akteurs-Partnerschaften bauen dabei auf innovativen Kooperationsmodellen von Regierungen, Gesundheitseinrichtungen (z. B. Krankenhäuser) und der Zivilgesellschaft sowie gemeindebasierten Organisationen auf und nutzen ihre Partnerschaften mit der Wirtschaft, um Märkte für Arzneimittel und Impfstoffe zum Vorteil von Entwicklungsländern zu verändern. Diese Partnerschaften sind eine wertvolle Ergänzung für die multilateralen Organisationen.



- **Deutschland wird:**

- **eine multilateral und global ausgerichtete Gesundheitspolitik auf der Grundlage legitimer und effektiver wie effizienter internationaler Institutionen fördern.**

Deutschland setzt sich in internationalen Foren für wirkungsvolles, effizientes, kooperatives und gleichberechtigtes Handeln zugunsten einer globalen Gesundheitspolitik ein und leistet einen umfassenden inhaltlichen und finanziellen Beitrag in multilateralen und internationalen Organisationen im Gesundheitsbereich.

- **die Weiterentwicklung der globalen Gesundheitsarchitektur unterstützen.**

Wichtiges Ziel ist es, dem Multilateralismus und internationalen Organisationen, wo notwendig, auch durch Reformen zu noch mehr Wirkung zu verhelfen. Deutschland strebt dabei eine koordinierte Arbeitsteilung zwischen den Akteuren der globalen Gesundheitspolitik an, die sich, von den Kernkompetenzen ausgehend, effektiv ergänzt und Synergien gezielt nutzt, damit das Ziel eines gesunden Lebens für alle Menschen erreicht werden kann. Der Globale Aktionsplan für ein Gesundes Leben und das Wohlergehen aller Menschen wird hierfür eine wichtige Rolle spielen.

Box 10: Der „Globale Aktionsplan für ein gesundes Leben und das Wohlergehen aller Menschen“

Mit dem Globalen Aktionsplan für ein gesundes Leben und das Wohlergehen aller Menschen verpflichten sich zwölf internationale Organisationen aus den Bereichen Gesundheit und Entwicklungshilfe, gemeinsam Länder zu unterstützen, um Fortschritte bei der Umsetzung der gesundheitsbezogenen Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Diese Organisationen verfügen jährlich über nahezu ein Drittel der gesamten internationalen Fördermittel für Gesundheit.

Durch eine Angleichung der Verfahrensweisen und bessere Abstimmung profitieren die Empfängerländer von einer zielgerichteten, transparenten und koordinierten Zusammenarbeit. Die Koordinierungskapazitäten der beteiligten Organisationen und der Partnersysteme werden weniger belastet und die Effizienz der Unterstützung für die Erreichung der nationalen Ziele wird erhöht. Die gemeinsamen Maßnahmen konzentrieren sich auf essenzielle Bereiche, wie beispielsweise eine flächendeckende Gesundheitsgrundversorgung und eine nachhaltige Gesundheitsfinanzierung, die Gleichstellung der Geschlechter und die Bereitstellung globaler, öffentlicher Güter für Gesundheit.

Bundeskanzlerin Merkel hat im Jahr 2018 gemeinsam mit Norwegen und Ghana die WHO um Moderation bei der Erarbeitung eines globalen Aktionsplans gebeten. Die WHO nimmt bei der Umsetzung des Globalen Aktionsplans eine Koordinierungsrolle unter den internationalen Organisationen ein. Bei Bedarf unterstützt die WHO Regierungen bei der Koordinierung der Gesundheitsakteure auf Länderebene.

● **die internationale Koordination der globalen Gesundheitspolitik stärken, indem die WHO und ihre leitende und koordinierende Rolle gestärkt werden.**

Deutsche Zielsetzung ist, die WHO an die neuen Herausforderungen anzupassen und sie als leistungsfähige, transparente, effiziente und verantwortungsvoll handelnde internationale Organisation im Zusammenspiel mit anderen

globalen Akteuren zu stärken. Deutschland setzt sich für eine stärkere und unabhängigere Rolle der WHO ein. Deutschland befördert eine angemessene Reform der Organisation, bei der sowohl die Finanzierung als auch eine Fokussierung auf Kernaufgaben beachtet werden müssen. Die Bundesregierung setzt sich in diesem Rahmen dafür ein, die WHO-Beiträge substanziell zu erhöhen, auch um den Bereich des WHO-Notfallprogramms zur Vorbereitung und Reaktion auf Gesundheitskrisen zu stärken.



3. Regionale Partnerschaften ausbauen

Deutschland wird gezielt Partnerschaften im Bereich der globalen Gesundheit weiter aufbauen und stärken. Dabei ist es Deutschland wichtig, passgenaue Lösungen gemeinsam mit den Partnern zu entwickeln. Die bestehende Zusammenarbeit und der Austausch von Expertise sollen weiter intensiviert werden. Partnerschaften sollen nicht nur vor Ort gelebt werden, sondern auch zu einer engeren Zusammenarbeit in internationalen Foren führen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf afrikanischen Ländern als wichtige Partner Deutschlands. Ein weiterer Schwerpunkt der globalen Gesundheitspolitik Deutschlands ist angesichts der besonderen geographischen Nähe die Zusammenarbeit mit osteuropäischen Partnern. Die wirtschaftlich aufstrebenden Schwellen- und Entwicklungsländer sind weitere wichtige strategische Partner bei der Bewältigung globaler gesundheitspolitischer Herausforderungen.

- **Deutschland wird:**

- **die auf vielen Ebenen bestehende Zusammenarbeit mit afrikanischen Akteuren im gegenseitigen Interesse zur Stärkung der globalen Gesundheit weiter intensivieren und neue partnerschaftliche Ansätze etablieren.**

Besondere Schwerpunkte der Zusammenarbeit sind die Stärkung von Gesundheitssystemen, insbesondere zur Erreichung einer allgemeinen Gesundheitsversorgung ohne finanzielle Härten,

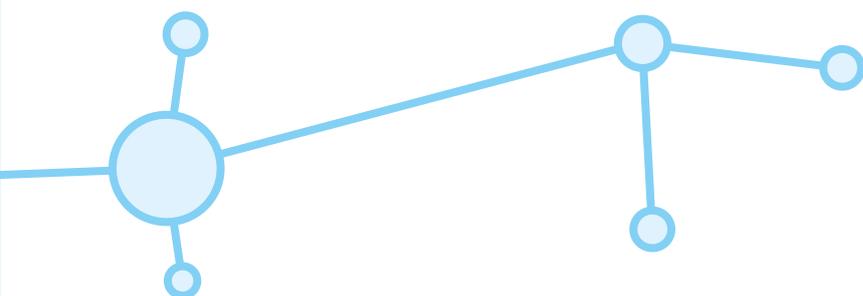
die Verbesserung des Gesundheitsschutzes, Fragen der Bevölkerungsentwicklung, der Kampf gegen vernachlässigte Krankheiten, der Einsatz digitaler Technologien und gemeinsame Forschung und Entwicklung. Zudem wird Deutschland verstärkt den Schulterschluss mit anderen Förderern vor Ort und mit den VN Country Teams suchen, um Maßnahmen und Partnerschaften ins Leben zu rufen, welche die wirtschaftliche Entwicklung voranbringen und die Gesundheit der Bevölkerung befördern. Deutschland wird insbesondere das afrikanische Regionalbüro der WHO, die Afrikanische Union und die dort angesiedelten „African Centers for Disease Control and Prevention“ (Africa CDC) unterstützen.

- **den Transformationsprozess von Gesundheitssystemen in Staaten der östlichen Partnerschaft durch den Austausch von Wissen und Erfahrung unterstützen.**

Dies geschieht insbesondere durch eine Vernetzung mit der EU und der Europäischen Region der WHO und durch die Einbindung der Zivilgesellschaft.

- **den Dialog und die Zusammenarbeit zu zentralen Herausforderungen der globalen Gesundheit mit den wirtschaftlich aufstrebenden Schwellen- und Entwicklungsländern weiter intensivieren.**

Eine Zielsetzung dabei ist, das gemeinsame Engagement und die Verantwortungsübernahme auch im multilateralen Rahmen im gegenseitigen Dialog zu befördern. Eine besondere Rolle kommt hierbei den so genannten BRICS-Staaten zu: Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika.



III. Kohärentes Handeln sicherstellen

Die Strategie der Bundesregierung zur globalen Gesundheit ergänzt die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie und stellt einen integrierten Regierungsansatz mit gemeinsamen, längerfristigen Zielen dar. Zur gemeinsamen Umsetzung der Strategie zu globaler Gesundheit wird die Bundesregierung Abstimmung, Reviewinstrumente, Dialog und Austausch fördern. Hierbei spielt insbesondere auch die Einbeziehung der Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle.

Ein besonderer Vorteil ist die Vielzahl nicht-staatlicher Akteure, die sich in Deutschland für die Lösung globaler Gesundheitsprobleme engagieren und eigene Beiträge leisten. Die Bundesregierung wird daher den Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern von Jugend, Nichtregierungsorganisationen, Gesundheitsfachberufen, Denkfabriken, Wissenschaft und Wirtschaft weiter fördern. Angesichts des Erfordernisses sektorübergreifender Lösungsansätze sind Formate und Plattformen wichtig, die den interdisziplinären Austausch zu Erfahrungen, Aktivitäten und Lösungsansätzen vertiefen. Deutschland verfügt bereits heute über international anerkannte Formate, wie zum Beispiel den „World Health Summit“.

Um den deutschen Beitrag zur globalen Gesundheit zu stärken, wird die Bundesregierung deutsche Expertise noch strategischer in internationale Prozesse, Foren und Organisationen einbringen. Eine besonders wichtige Rolle kommt dabei der in den Forschungseinrichtungen der Ressorts bestehenden und international gefragten gesundheitsbezogenen Fachexpertise zu.



- **Die Bundesregierung wird:**
- **ihr einheitliches Auftreten für eine gemeinsame Umsetzung von Prioritäten sicherstellen.**

Der durch den Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung initiierte „Jour Fixe“ zu Fragen der globalen Gesundheit stellt die übergreifende Kohärenz des deutschen Beitrags zur gesundheitsbezogenen Nachhaltigkeitsagenda sicher. Er wird durch eine vierteljährlich tagende Koordinierungsrunde auf Arbeitsebene ergänzt. Die Koordinierungsrunde dient der kontinuierlichen Abstimmung der Zusammenarbeit aller relevanten Ressorts zu Fragen der globalen Gesundheit. Besondere Zielsetzung sind der Austausch und die Koordinierung zu Positionierungen Deutschlands in den vielfältigen Foren der globalen Gesundheitspolitik, wie den multilateralen und internationalen Organisationen und Allianzen, an denen Deutschland beteiligt ist. Bei Bedarf werden ressortübergreifende Arbeitsgruppen gebildet, um die interministerielle Zusammenarbeit in ausgewählten Themenbereichen zu vertiefen, die Koordination von Projekten und Maßnahmen sowie die Krisenfrüherkennung zu optimieren und weiterzuentwickeln.

Dabei kann die Einbeziehung nichtstaatlicher Akteure wichtige Impulse für die Umsetzung und die Lösung aktueller Fragen geben.

- **den Dialog und Austausch zur globalen Gesundheit mit nichtstaatlichen Akteuren fördern und Deutschland als Standort für globale Gesundheit weiter stärken.**

Die Bundesregierung sucht den Dialog zur Umsetzung der Strategie und wird Beiträge der nichtstaatlichen Akteure gezielt einbeziehen.

Abkürzungsverzeichnis

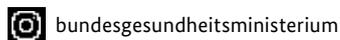
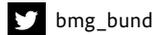
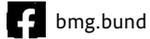
Africa CDC	African Centers for Disease Control and Prevention
AIDS	Erworbenes Immunschwächesyndrom (Acquired Immune Deficiency Syndrome)
AMR	Antimikrobielle Resistenzen (Antimicrobial Resistance)
BfArM	Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte
BNITM	Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin
BRICS	Abkürzung für die Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika
CARB-X	Partnerschaft zur Beschleunigung der Bekämpfung von Antibiotikaresistenzbakterien durch biopharmazeutische Produkte (Combating Antibiotic-Resistant Bacteria Biopharmaceutical Accelerator)
CEPI	Coalition for Epidemic Preparedness Innovations
CFE	WHO-Notfallfonds (Contingency Fund for Emergencies)
COVID-19	Corona Virus Disease 2019
ECDC	Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (European Centre for Disease Prevention and Control)
ECEH	Europäisches Zentrum für Umwelt und Gesundheit (European Centre for Environment and Health)
EMC	Europäisches Medizinisches Korps (European Medical Corps)
EU	Europäische Union
FAO	Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (Food and Agriculture Organization of the United Nations)
FCTC	Rahmenübereinkommen der WHO zur Eindämmung des Tabakgebrauchs
FLI	Friedrich-Loeffler-Institut
FZB	Forschungszentrum Borstel
GAP	Globaler Aktionsplan für ein gesundes Leben und das Wohlergehen aller Menschen (Global Action Plan for Healthy Lives and Well-being for All)
GARDP	Globale Antibiotika-Forschungs- und Entwicklungspartnerschaft (Global Antibiotic Research and Development Partnership)
Gavi	Globale Impfallianz
GFATM	Globaler Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria
GFF	Global Financing Facility for Women, Children and Adolescents
GHHG	Global Health Hub Germany
GHP	Global Health Protection Programme
GIZ	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH

GOARN	Globales Netzwerk zur Warnung und Reaktion bei Krankheitsausbrüchen (Global Outbreak Alert and Response Network)
GPEI	Globale Initiative zur Ausrottung von Polio (Global Polio Eradication Initiative)
HIV	Menschliches Immunschwäche-Virus (Human Immunodeficiency Virus)
IGV	Internationale Gesundheitsvorschriften
ILO	Internationale Arbeitsorganisation (International Labour Organization)
IMI	Initiative Innovative Arzneimittel (Innovative Medicine Initiative)
JPIAMR	Gemeinsame Programminitiative zu Antibiotikaresistenzen (Joint Programming Initiative on Antimicrobial Resistance)
MERS	Middle East Respiratory Syndrome
NCD	Nichtübertragbare Krankheiten (Noncommunicable diseases)
ODA	International anerkannte Messgröße für die Erfassung öffentlicher Entwicklungsleistungen eines Geberlandes (Official Development Assistance)
OIE	Weltorganisation für Tiergesundheit (früher: franz. Office International des Epizooties, 2003 umbenannt in World Organization for Animal Health)
PEI	Paul-Ehrlich-Institut
RKI	Robert Koch-Institut
SDG	Nachhaltigkeitsziel (Sustainable Development Goal)
SEEG	Schnell einsetzbare Expertengruppe Gesundheit
SRGR	Sexual and Reproductive Health and Rights
UHC	Allgemeine Gesundheitsversorgung (Universal Health Coverage)
UNAIDS	Gemeinsames Programm der Vereinten Nationen für HIV/AIDS (Joint United Nations Programme on HIV/AIDS)
UNFPA	Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (United Nations Population Fund)
UNICEF	Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (United Nations Children's Fund)
VN	Vereinte Nationen (United Nations)
WHO	Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization)
WHO-AFRO	WHO-Regional Office for Africa
WHO-EMRO	WHO-Eastern Mediterranean Regional Office
WIPO	Weltorganisation für geistiges Eigentum (World Intellectual Property Organization)
WTO	Welthandelsorganisation (World Trade Organization)

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Gesundheit
Referat Globale Gesundheitspolitik
11055 Berlin
Z23@bmg.bund.de
www.bundesgesundheitsministerium.de



Stand

Oktober 2020

Druck

Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG, 60386 Frankfurt am Main

Papier

Vivus 100 RC, Blauer-Engel-zertifiziert, FSC-zertifiziert

Gestaltung

EYES-OPEN – Agentur für Kommunikation
weissbunt · design und kontext

Bildnachweis

Nana Kofi Acquah / WHO (Blink Media) / Titel; Pierre Albouy / WHO / S. 33; AP Images / picture alliance / S. 6–7;
AP Photo / picture alliance / S. 5; Ben Media / GIZ / S. 2; Thomas Ecke / BMG / S. 37; Heehaw / WHO / S. 10;
Florian Kopp / GIZ / S. 2; Andreas König / GIZ / S. 5; Simon Lehmann / iStockphoto / S. 30; Quinn Mattingly / WHO / S. 2;
Fabeha Monir / WHO (Blink Media) / S. 22–23; nicolas_ / iStockphoto / S. 27; Dirk Ostermeier / GIZ / S. 4, 18;
PAHO / WHO / S. 3; P. Phutpheng / WHO / S. 10; Ricochet64 / Adobe Stock / Titel; ricul / iStockphoto / Umschlag innen;
Sinuswelle / Adobe Stock / S. 34; Conor Wall / GIZ / S. 30; Westend61 / picture alliance / Titel; WHO / S. 5

Bestellmöglichkeit (optional)

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09, 18132 Rostock
Servicetelefon: 030 182722721
Servicefax: 030 18102722721
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
Bestellung über das Gebärdentelefon:
gebaerdentelefon@sip.bundesregierung.de
Online-Bestellung: www.bundesregierung.de/publikationen

Weitere Publikationen der Bundesregierung zum Herunterladen und zum Bestellen finden Sie ebenfalls unter:
www.bundesregierung.de/publikationen

Bestellnummer

BMG-G-11125

URL-Verweise

Für Inhalte externer Seiten, auf die hier verwiesen wird, ist der jeweilige Anbieter verantwortlich.
Das Bundesministerium für Gesundheit distanziert sich ausdrücklich von diesen Inhalten.

Diese Publikation wird von der Bundesregierung im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.